

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1908**

26 (24.1.1908) Badischer Landtag. Zweite Kammer. 16. öffentliche  
Sitzung

## Beilage zur Karlsruher Zeitung Nr. 26.

Freitag, 24. Januar 1908.

### Badischer Landtag.

#### ==== Zweite Kammer. ====

#### 16. öffentliche Sitzung

am Mittwoch den 22. Januar 1908.

##### Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

1. Allgemeine Diskussion über das Finanzgesetz, und damit in Verbindung:

2. Begründung und Beantwortung der Interpellation der Abg. Geß und Gen., die Kränkung verfassungsmäßiger Rechte (Hörner Schäußle in Rintheim) betr. — Drucksache Nr. 22 —.

Am Regierungstisch: Minister der Justiz, des Kultus und Unterrichts Wirkl. Geh. Rat Dr. Freiherr v. Dusch, der Präsident des Ministeriums des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten Wirkl. Geh. Rat Freiherr v. Marschall, der Präsident des Ministeriums der Finanzen Wirkl. Geh. Rat Dr. Honsell, der Präsident des Ministeriums des Innern Wirkl. Geh. Rat Freiherr v. Bodman, Forst- und Domänendirektor Wirkl. Geh. Rat Dr. Reinhard, Ministerialrat Schellenberg.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10 Uhr vormittags.

Es werden folgende Einläufe angezeigt:

##### a. Petitionen:

1. der Vertreter der kirchlichen und politischen Gemeindegemeinschaften Blaswald, Häusern, Schwarzhalden und St. Blasien, den Ausbau der katholischen Kirche in St. Blasien betreffend, übergeben von dem Abg. Blümmel (Zentr.);
2. des Vereins der der Groß. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues unterstellten technischen und Verwaltungsbeamten, die Vergütungen der Bureauassistenten der Wasser- und Straßenbauinspektionen und der Straßenmeister für ihre Tätigkeit auf dem Gebiete des Kreiswegewesens betreffend.

Ziffer 1 wird der Petitionskommission, Ziffer 2 der Budgetkommission überwiesen.

b. Schreiben des Erzbischöflichen Stadtkanzlers Karlsruhe mit Einladung zum Festgottesdienst aus An-

laß des Geburtstages Seiner Majestät des Kaisers am Montag den 27. Januar in der St. Stephanskirche dahier.

Vor Eintritt in die Tagesordnung macht der Präsident dem Hause die Mitteilung, die Parteien hätten sich dahin geeinigt, daß die Interpellation Schäußle zwar Bestandteil der allgemeinen Finanzdebatte bleiben, aber ihre Begründung und Beantwortung sowie die eventuelle Besprechung erst an einem späteren, im Verlaufe der Debatte noch zu bestimmenden Tage stattfinden solle.

Das Wort erhält hierauf der Präsident der Budgetkommission

Abg. Dr. Wilkens (natl.): Namens der Budgetkommission erlaube ich mir zunächst mitzuteilen, daß es derselben bisher gelungen ist, das gesamte Staatsbudget, wie solches den Landständen zurzeit vorliegt, in erster Lesung zu erledigen, so daß am heutigen Tage, an welchem das Plenum mit der allgemeinen Finanzdebatte den Anfang macht, die Kommission einen großen, ich darf wohl sagen, den größten Teil ihrer Arbeiten bereits beendet hat. Wir dürfen aus diesem Stand der Geschäfte wohl die Hoffnung ableiten, daß es möglich sein wird, das Staatsbudget resp. das Finanzgesetz etwas früher unter Dach und Fach zu bringen, als dies in den letzten Jahren der Fall gewesen ist. Es könnte dies mit Rücksicht auf die zahlreichen baulichen Herstellungen, die für die Budgetperiode beantragt sind und vor Erlassung des Finanzgesetzes nicht vergeben werden können, aber auch im Hinblick auf die Verbesserungen, die das Budget für unser Beamtenpersonal durch Vermehrung der Zahl der etatmäßigen Stellen bringt, gewiß nur erwünscht sein. Ein Hauptgrund des diesmaligen Vorwärtsschreitens liegt ja wohl darin, daß der jetzt vericommelte Landtag seither mit Wahlprüfungen nur in minimaler Weise befaßt gewesen ist. Das verhältnismäßig rasche Vorwärtsschreiten der bezüglichen Arbeiten hängt aber auch damit zusammen, daß die Kommissionsmitglieder ernstlich bemüht waren, die Beratungen im Schoße der Kommission zu kürzen, sich auf das Wesentliche, insbesondere auf das neu Angeforderte, zu konzentrieren und bei relativ untergeordneten Dingen sich nicht unnötig lang aufzuhalten. Zur Förderung der Geschäfte hat endlich beigetragen, daß, wie dies schon auf dem letzten Landtage

in die Wege geleitet worden war, die Vertreter der Großh. Regierung von vornherein den Beratungen der Kommission beiwohnten. Es war auf diese Weise tunlich, die Auskünfte, welche die Mitglieder der Kommission in zahlreichen Fällen für erforderlich erachteten, auf mündlichen Wege meist gleich zu erhalten, ohne daß umständliche und zeitraubende schriftliche Rückfragen in größerem Umfange nötig wurden.

Wenn ich nun das seitherige materielle Ergebnis der Tätigkeit der Kommission kurz zusammenfassen soll, so geht dasselbe dahin, daß die allermeisten Anforderungen, welche im Budget enthalten sind, unsererseits zur Genehmigung beantragt werden. Die Zeiten, in denen die Budgetkommission namhafte Abstriche bewirkte, scheinen überhaupt bis auf weiteres vorüber zu sein, und ich glaube, es ist nicht gerade ein schlechtes Zeichen, daß es so gekommen ist. Ist doch diese Erscheinung in erster Reihe sicherlich darauf zurückzuführen, daß die ökonomische Lage der Bevölkerung in unserem Lande wie in ganz Deutschland seit einer Reihe von Jahren eine entschieden bessere geworden ist und daß in Verbindung damit in weiten Kreisen auch eine freiere, von größeren Gesichtspunkten ausgehende Beurteilung der Notwendigkeit oder Zweckmäßigkeit der Anforderungen für den Staat und dessen Einrichtungen Platz gegriffen hat, als solche in den vielfach noch engen und knappen Wirtschaftsverhältnissen früherer Zeiten möglich gewesen ist. Die Bevölkerung wünscht heute geradezu, daß im Staats- wie im Gemeindeleben die Verwaltung hinter den Anforderungen der Gegenwart nicht zurückbleibt, daß sachlich Gutes und Ersprießliches geleistet wird und daß nicht aus Rücksichten allzu großer Sparsamkeit wichtige soziale oder kulturelle Interessen vernachlässigt werden. Dieser Zug der Zeit, den ich im allgemeinen als einen Vorzug derselben ansehe, obwohl ja nicht zu verkennen ist, daß nicht selten auch Uebertriebenes verlangt wird, trägt jedenfalls weit mehr dazu bei, daß die Anforderungen an die öffentlichen Korporationen wachsen und daß sich auch eine Kommission, wie die Budgetkommission der Zweiten badischen Kammer, den hieraus sich ergebenden Konsequenzen nicht entziehen kann, als der sogenannte Wettkampf der Parteien, von dem in der Presse mitunter die Rede ist und dem gegenüber, wie ebenfalls behauptet wird, eigentlich nur noch die Regierung das feste Bollwerk, der ruhende Pol in der Erscheinungen flucht, sein soll. Gewiß wird jede politische Partei auch auf den Gebieten, auf welchen ohne erhebliche Geldmittel für die Hebung des Volkswohls nichts Wesentliches zu erreichen ist, ihren Einfluß mit allem Nachdruck geltend zu machen und diejenigen Forderungen zu verwirklichen suchen, die sie im Interesse der Allgemeinheit für geboten erachtet. Aber ich glaube, man kann im großen und ganzen nicht sagen, daß in diesen Dingen bei uns über ein gewisses Maß hinausgegangen wird. Wir Alle, die wir hier das badische Volk vertreten, haben, wie ich für uns in Anspruch nehmen darf, das Gefühl, daß, wenn auch unsere äußere Stellung in bezug auf die Verantwortlichkeitsfrage dem Landesherren, wie dem Land gegenüber nach der Verfassung eine andere ist, wie diejenige der Großh. Regierung, wir mit letzterer doch vor der Bevölkerung wie vor unserem eigenen Gewissen die materielle Verantwortlichkeit für das, was in Baden geschieht, zu teil haben (Sehr gut!). Gewissenhafte politische Parteien werden sich dieser Verantwortlichkeit stets bewußt bleiben. Sie müssen und werden sich aber auch dessen bewußt sein, daß, wenn man auf der einen Seite behufs Förderung des Allgemeinwohls Ansprüche erhebt, die Geld

kosten, man auf der anderen Seite auch die Verpflichtung hat, an der Sorge für die Deckung des dadurch entstehenden Aufwandes teil zu nehmen.

Ich sehe voraus, daß uns da und dort vielleicht entgegengehalten werden wird, es befinde sich hiermit dasjenige, was unlängst bei Beratung des Gesetzes wegen Erhebung der Steuern in den ersten sechs Monaten des Jahres 1908 im Landtage geschehen ist, nicht im Einklang. Ich müßte aber eine derartige Behauptung mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Wir haben kürzlich den Abgabesatz für die Vermögenssteuer auf 11 Pfg. — statt, wie die Großh. Regierung vorgeschlagen hatte, auf 12 Pfg. — nicht etwa deshalb normiert, weil wir uns vor der Verantwortlichkeit den Wählern gegenüber fürchteten oder weil wir kein Verständnis dafür hatten, daß dem Staat die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen seien. Die bezügliche Beschlußfassung ist vielmehr in der Zweiten Kammer nur von der Erwägung aus erfolgt, daß, wenn die Großh. Regierung weder dazu sich bereit finde, die Fleischsteuer vor Erlassung des Finanzgesetzes aufzuheben, noch auch eine Zusage wegen Rückdatierung des finanziellen Effekts der Gehaltstarifsrevision auf den 1. Januar 1908 zu machen, ein geldlicher Mehrbedarf, wie er die Erhebung eines Abgabesatzes von 12 Pfg. zu rechtfertigen vermöge, für die Zeit, während welcher das Gesetz in Kraft sein soll, nicht nachgewiesen sei. Die Budgetkommission, wie dieses Hohe Haus haben sich aber ausdrücklich vorbehalten, bei Beratung des Finanzgesetzes auf die Sache zurückzukommen, sowie ihre Geneigtheit kundgegeben, schließlich auch 12 Pfg. zu bewilligen, falls bis dahin eine solche Maßnahme sich im staatlichen Interesse als notwendig erweisen sollte. Ich glaube nicht, daß aus dieser Haltung der Zweiten Kammer ihr von irgend einer Seite berechnigte Vorwürfe erwachsen können.

Die Messer scheinen freilich da und dort zu glauben, daß wir durch unser Vorgehen die Befreiigung der Fleischsteuer tatsächlich gefährdet hätten oder gar hätten gefährden wollen. Dem ist aber nicht so. Die Angehörigen dieses Hohen Hauses nehmen, wenn ich mich nicht täusche, in ihrer großen Mehrheit nach wie vor den Standpunkt ein, daß die staatliche Fleischsteuer eine veraltete Einrichtung ist, und daß sie um so weniger konvertiert werden kann, als sie innerhalb Deutschlands — außer in Sachsen — zurzeit nur noch in Baden besteht und als auch die kommunalen Verbrauchssteuern auf Fleisch mit dem 1. April 1910 im ganzen Reiche in Wegfall kommen werden. Allerdings ist unverkennbar, daß die Aufhebung der staatlichen Fleischsteuer, wie sie seitens der Großh. Regierung in Aussicht gestellt worden ist, draußen im Lande keinen großen Enthusiasmus hervorgerufen hat (Sehr richtig!). Man nimmt eben offenbar vielfach an, daß es sich in dieser Angelegenheit in der tatsächlichen Endwirkung im wesentlichen um ein Geschenk an die Messer handle (Sehr richtig!), und daß das Konsumentenpublikum, wie auch die Verkäufer des Viehs an die Messer daraus, daß der Staat künftighin auf die Erträge der Fleischsteuer mit 700 000 bis 800 000 Mark jährlich verzichtet, keinen nennenswerten Nutzen ziehen werden (Sehr richtig!). Diese Stimmung kann aber, wie mir scheint, die prinzipiellen Bedenken, welche der Beibehaltung dieser Steuer im Wege stehen, nicht aus der Welt schaffen, und ich bin daher nach wie vor der Meinung, daß die Zweite Kammer der Aufhebung der Fleischsteuer zustimmen bzw. bereit sein wird, hierwegen das Erforderliche zu beschließen.

Auch die staatlichen Beamten haben vielleicht da oder dort aus den Vorgängen beim Zustandekommen des Gesetzes über die Erhebung der Steuern in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres die Besorgnis ableiten zu müssen geglaubt, daß die Gehaltstarifsrevision bei der Volksvertretung noch in letzter Stunde auf Schwierigkeiten stoßen könne. Zu einer solchen Besorgnis läge aber natürlich ebenfalls kein Grund vor. Ist es doch gerade die Budgetkommission gewesen, welche schon bei jenem Anlaß der Großh. Regierung gegenüber den Standpunkt vertreten hat, daß das Gesetz in seinen finanziellen Wirkungen auf den 1. Januar 1908 rückdatiert werden solle, und ist doch überhaupt anzunehmen, daß die ganze Angelegenheit in der Zweiten Kammer eine wohlwollende und gerechte Behandlung und Erledigung finden wird.

Was die finanziellen Wirkungen der Gehaltstarifsreform für unser Budget anbelangt, so sind sie freilich weitaus beträchtlicher, als jene der Aufhebung der Fleischsteuer. Aus den Bemerkungen, mit denen der Herr Finanzminister in letzter Woche die Uebergabe der Beamtenvorlagen begleitet hat, geht hervor, daß die Großh. Regierung im Beharrungszustande die Gehalte und das Wohnungsgeld der etatmäßigen Beamten, die Bezüge der nicht etatmäßigen Beamten und den Mehraufwand an Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung zusammengenommen, mit Gesamtmehrkosten von 6 833 836 Mark rechnet, wovon 4 026 906 Mark auf die allgemeine Staatsverwaltung und 2 806 930 Mark auf die Eisenbahnverwaltung entfallen. Beim Mehraufwand der allgemeinen Staatsverwaltung ist übrigens noch in Betracht zu ziehen, daß ihr ein Teil desselben mit rund 550 000 Mark vom Reich, von Gemeinden und Stiftungen wieder ersetzt wird, so daß ihr im Beharrungszustande nur Mehrkosten von 3 476 906 Mark zur Last bleiben werden. Der Beharrungszustand aber wird, was die Gehalte und das Wohnungsgeld anbelangt, nach Ansicht der Großh. Regierung schon in 3 bis 4 Budgetperioden erreicht sein, d. h. es werden bei Zugrundelegung der am 1. Juli 1907 vorhandenen Zahl von etatmäßigen Beamten nach 6 bis 8 Jahren gegen das Jahr 1907 mehr zu bezahlen sein:

in der allgemeinen Staatsverwaltung	2 533 906 M.
in der Eisenbahnverwaltung	1 804 930 M.
das ergibt für die ganze Staatsverwaltung	ein Mehr von 4 338 836 M.

Wie diesen Zahlen des Beharrungszustandes gegenüber sich diejenigen in der Budgetperiode 1908/09 gestalten werden, wird eben ausgerechnet, und es sollen uns dann die betreffenden Summen in einem Nachtrag zum Staatsvoranschlag angefordert werden. Schätzungsweise ist uns übrigens in der Budgetkommission der einschlägige Mehraufwand für das erste Volljahr der Tarifsrevision in der allgemeinen Staatsverwaltung und in der Eisenbahnverwaltung zusammengenommen seinerzeit auf etwa 3,5 Millionen angegeben worden.

Jedenfalls handelt es sich also hier, auch was die Budgetperiode 1908/09 angeht, um beträchtliche Summen, was uns aber — so wenig wie der im Beharrungszustande eintretende Mehraufwand — davon wird abhalten können, einer Maßnahme zuzustimmen, die in Folge der zunehmenden Teuerung auf allen Gebieten der Lebensführung absolut unerschwinglich geworden ist. Der Staat würde geradezu seine vitalsten

Interessengefährden, wenn er seine Beamten nicht derart bezahlen wollte, daß sie bei bescheidenen Ansprüchen aus Leben ein einigermaßen gesichertes Dasein führen können. Steht doch schließlich hier nicht nur die Erhaltung der erforderlichen Berufsfreudigkeit, sondern auch diejenige der Integrität unseres Beamtenstandes, auf die wir seither im Lande stolz sein durften, auf dem Spiele. Die einschlägigen Zustände sind, insoweit speziell die etatmäßigen Beamten in Betracht kommen, im Laufe der Zeit um so unhaltbarer geworden, als die Bezahlung der nicht im Beamtenverhältnis befindlichen staatlichen Arbeiter in den letzten Jahren namhaft erhöht worden ist. Wir haben diesen Erhöhungen vorbehaltlos zugestimmt. Ja, ich kann sagen, wir haben sie selber angeregt. Auf dem Gebiete der Eisenbahnverwaltung sind auf dem Landtage 1905/06 im Nachtrag zum Budget der Eisenbahnbetriebsverwaltung behufs Durchführung einer durchschnittlich 12prozentigen Aufbesserung der Bezüge der Eisenbahnarbeiter mit Wirkung vom 1. Januar 1906 ab anderthalb Millionen zur Verfügung gestellt worden, und aus dem Eisenbahnbetriebsbudget für 1908/09 ist zu ersehen, daß mit Wirkung vom 1. Juli 1907 ab eine weitere allgemeine Aufbesserung der Löhne der Eisenbahnarbeiter erfolgt ist, die in jedem der beiden Budgetjahre einen Mehraufwand von 1 300 000 Mark verursacht. Auf diese Weise ist es, da die etatmäßigen Eisenbahnbeamten zurzeit immer noch nach Maßgabe des Gehaltstarifs von 1894 bezahlt werden, nimmehr dahin gekommen, daß manche untere Eisenbahnbeamte nicht etwa nur verhältnismäßig, sondern auch absolut schlechter honoriert sind, als die ihnen beigegebenen bzw. unterstellten Arbeiter. Das sind Dinge, die in den Kreisen der Beteiligten nicht mehr verstanden werden. Man versteht dort aber auch nicht recht, warum, nachdem die Arbeiter mit Wirkung vom 1. Juli 1907 wiederholt aufgebessert worden sind — was wir ihnen natürlich durchaus gönnen — die nicht minder dringliche Aufbesserung der Beamten jetzt auf den 1. Juli 1908 hinausgeschoben werden soll. Ob der Notbehelf, den die Großh. Regierung in § 47 Abs. 2 des die Gehaltsordnung betreffenden Gesetzes nunmehr dahin vorschlägt, daß beim Inkrafttreten des Gesetzes die Beamten einmalige Zuwendungen in Höhe des hälftigen Betrags der außerordentlichen Zulage bekommen sollen, einen ausreichenden Ersatz für die Versagung der Rückdatierung auf 1. Januar 1908 zu bieten vermag, bedarf meines Erachtens noch genauer Prüfung.

Doch ich will bei der Frage der Revision des Gehaltstarifs nicht länger verweilen, da ja aller Voraussicht nach noch Gelegenheit genug gegeben sein wird, diese Materie und was mit ihr zusammenhängt, wie die Berücksichtigung der pensionierten Beamten und der Beamtenwitwen oder die auf dem letzten Landtag leider gescheiterte Aufnahme der Volksschullehrer in den Gehaltstarif, eingehend zu erörtern. Vom Standpunkt des Budgets aus ist aber jedenfalls außer Zweifel, daß wir mit der Finanzierung der Tarifsrevision vor einer Aufgabe stehen, die um so weniger leicht genommen werden kann, als mit der Möglichkeit zu rechnen ist, daß die Vorlage aus den Beratungen der Landstände in einer Gestalt hervorgeht, welche den von der Großh. Regierung veranschlagten finanziellen Effekt da und dort noch erhöht.

Dazu kommt, daß die unbefriedigenden Finanzverhältnisse des Reichs die Bundesstaaten mit hohen Matrifularbeiträgen bedrohen und bis jetzt noch nicht zu erkennen ist, ob der gegenwärtig versammelte Reichstag sich mit den

verbündeten Regierungen über die Erschließung weiterer Einnahmequellen für das Reich wird verständigen können. Ich halte es nicht für meine Aufgabe, über die in dieser Richtung bestehenden Möglichkeiten mich hier des Näheren zu verbreiten. Das aber möchte ich doch als meine persönliche Meinung aussprechen, daß mir die Einführung selbständiger direkter Reichssteuern den Einzelstaaten gegenüber mit nicht unerheblichen Bedenken verknüpft zu sein scheint. Wenn unsere deutschen Mittel- und Kleinstaaten den bedeutenderen Aufgaben auf sozialem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete, welche ihnen auch im neuen Reiche noch zufallen, auf die Dauer sollen gerecht werden können, so ist es meines Erachtens geboten, daß ihnen die Erträge der direkten Steuern in der Hauptsache verbleiben, und es scheint mir auch für die Erhaltung der staatsrechtlichen Grundlage Deutschlands keineswegs belanglos zu sein, wie hier vorgegangen wird. Legt man die Einzelstaaten in finanzieller Hinsicht in einer Weise lahm, welche es ihnen unmöglich macht, die Landesbedürfnisse zu befriedigen, so wird dies dazu beitragen, den unitaristischen Zug zu fördern, der ohnehin schon auf manchen Gebieten bei uns wahrnehmbar ist, dessen Gegner aber alle diejenigen sein müssen, welche, wie ich, der Meinung sind, daß bei Festhaltung der föderativen Grundlage des Reichs ein viel intensiveres und blühenderes Kulturleben sich entfalten wird, als in einem großen Einheitsstaat. (Sehr richtig!)

Im Weiteren möchte ich kein Hehl daraus machen, daß ich eine Ausgestaltung des Erbschaftssteuergesetzes im Sinne einer Heranziehung der Descendenten zu dieser Steuer nach Lage der Verhältnisse in Deutschland als vertretbar erachte und der Meinung bin, daß dieselbe auch ein namhaftes finanzielles Erträgnis abwerfen würde. Es wird erwartet werden dürfen, daß sich die Gr. Regierung über diese Frage und über die anderen mit der Sanierung der Reichsfinanzen zusammenhängenden Fragen, wie über diejenigen des Branntweinmonopols und der Tabaksteuerung, im Laufe der Finanzdebatte ausspricht, nachdem der Herr Finanzminister in letzter Woche Gelegenheit hatte, in der Reichshauptstadt den neuesten Stand der Pläne der Reichsregierung auf diesem Gebiete kennen zu lernen.

Rechnet man zu den ungünstigen Erscheinungen, welche sich aus den finanziellen Beziehungen des Reichs zu den Einzelstaaten ergeben, noch die Möglichkeit, daß die in den letzten Monaten bis zu einem gewissen Grade beobachteten Rückschläge im Wirtschaftsleben der Nation andauern und unter Umständen noch einen größeren Umfang annehmen können, und berücksichtigt man weiter den Einnahmen-Ausfall, welcher sich bei Aufhebung der Fleischsteuer ergeben wird, sowie den mit der Gehaltstarif-Revision verbundenen Mehraufwand, so kann man dem Herrn Finanzminister darin Recht geben, daß auf den Staatsvoranschlag für die nächste Periode einige Schatten fallen, die zur Vorsicht mahnen. Ich kann mir Finanzminister denken, welche diese Schatten noch dunkler gemalt hätten, als dies der neue Leiter unseres Finanzministeriums bei Vorlage des Staatsbudgets für die Jahre 1908 und 1909 an die Volksvertretung getan hat. Ich erkenne daher gerne an, daß er zwar jene Schatten nicht verschwiegen, sich zugleich aber auch von eigentlichem Pessimismus ferngehalten und den Vorteilen des Budgets und der Finanzlage gleichfalls Gerechtigkeit hat widerfahren lassen, woraus wir wohl die Hoffnung schöpfen dürfen, daß er seines verantwortungsvollen Amtes in unparteiischer, objektiver und streng sachlicher Weise zum Wohle des Landes walten wird.

Die hauptsächlichste Dichtseite unserer gegenwärtigen Finanzlage scheint mir darin zu bestehen, daß die Staatseinkünfte offenbar in erfreulicher Aufwärtsbewegung begriffen sind. Die einschlägigen Zahlen für das Jahr 1907 sind ja zwar noch nicht ermittelt, doch dürften sie kaum erheblich hinter jene von 1906 zurückbleiben. Im Jahre 1906 aber hat die Rechnung der allgemeinen Staatsverwaltung, was die Einkünfte anbelangt, dem Voranschlag gegenüber, der sie auf 80,7 Millionen beziffert hatte, mit 88 Millionen, also um 7,3 Millionen höher, abgeschlossen. Allerdings wiesen auch die ordentlichen Ausgaben dem Voranschlag gegenüber, in dem sie auf 81 Millionen berechnet waren, ein Mehr von 1,1 Million auf. Hiernach ist aber das Endergebnis gewesen, daß sich ein Einnahmeüberschuß von 5,9 Millionen ergab, während das voranschlagsmäßige Ordinarium mit einem Fehlbetrage von rund 350,000 M. abgeschlossen hatte. Aus fraglichem Einnahmeüberschuß konnten nicht nur die Netto-Ausgaben des außerordentlichen Stats bestritten, sondern auch weitere 900 000 M. dem Betriebsfond zugeführt werden, so daß dieser Ende 1906 wieder einen Stand von 16,4 Millionen erreicht hatte, nachdem er 1903 auf 11 Millionen gesunken war und damit, wie aus dem Bericht des verdienten seitherigen Vorsitzenden der Budgetkommission, des Herrn Kollegen Gieseler, über die Rechnungsnachweisungen für 1905 und 1906 hervorgeht, den tiefsten Stand seit zwei Jahrzehnten erreicht hatte, vom Jahre 1904 an aber wieder in die Höhe gegangen war.

In welchem Maße an den höheren Staatseinnahmen die einzelnen Gattungen derselben beteiligt sind, geht aus den Darlegungen hervor, mit denen der Herr Finanzminister die Uebergabe des Budgets für 1908 und 1909 begleitet hat. Ich will auf die betr. Zahlen hier nicht zurückkommen und mich nur auf die Hervorhebung beschränken, daß sowohl die Steuererträge, als auch die privatwirtschaftlichen Staatseinkünfte 1906 eine aufsteigende Tendenz gezeigt haben. Bloß die Weinsteuer hat etwa 100 000 M. weniger geliefert als in den beiden vorausgegangenen Jahren.

Ich glaube, wir dürfen im Hinblick auf diese Resultate des Jahres 1906 und überhaupt angesichts der günstigen Entwicklung, welche die Einnahmen des Staates seit dem Jahre 1904 aufzuweisen haben, ohne daß wir in übertriebenen Optimismus verfallen, die Erwartung hegen, daß die Einnahmen mit rund 87,9 Millionen, wie sie für jedes der beiden Budgetjahre der neue Staatsvoranschlag vorsieht, nicht nur nicht zu hoch eingestellt sind, sondern daß vielmehr ihr rechnungsmäßiges Ergebnis noch ein entschieden höheres sein wird.

Unter den Einnahmen erscheinen zum erstenmale diejenigen aus der Vermögenssteuer, welche im Budget indes nur mit den Summen eingelegt sind, die bei Fortbestand der Ertragssteuern unter Zugrundelegung des bisherigen Steuerfußes sich ergeben haben würden. Ich halte es für gut, daß diese Steuer auf dem letzten Landtage zu Stande gebracht worden und damit eine Steuerreform zum Abschluß gelangt ist, die noch von unserem leider so früh verstorbenen, um das Land in hohem Maße verdienten Finanzminister Buchenberger aufs gründlichste vorbereitet und in zweckmäßiger Weise eingeleitet worden war. Es gereicht seinem Nachfolger, dem Herrn Minister Becker, zur Ehre, daß es ihm gelungen ist, während seiner kurzen Amtsführung die Reform auf einer annehmbaren Grundlage zu beenden, und ich glaube, man kann heute schon sagen, daß dasjenige, was man i. Bt. beim Ersatz der Ertragssteuern durch die Ver-

mögensteuer vor allem im Auge hatte, nämlich eine gerechtere, die Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen stärker berücksichtigende Verteilung der Steuerlast, im großen und ganzen erreicht worden ist. Aus der Darstellung, welche uns seitens der Gr. Regierung kurz nach Beginn des Landtags über die Soll-Einnahmen an Ertragssteuern für das Jahr 1907 und über die Soll-Einnahmen an Vermögenssteuer bei einem Steuerfuß von 12 Pfg. für das Jahr 1908 übergeben worden ist, geht hervor, daß — auch wenn man einen Vermögenssteuer-Abgabefuß in letzterwähnter Höhe zu Grund legt — nur etwa 35 Prozent der Gemeinden beträchtliche Summen zu entrichten haben, wie unter der Herrschaft der seitherigen Ertragssteuern, während 65 Prozent der Gemeinden weniger bezahlen als bisher, und es ergibt eine Durchsicht der in Betracht kommenden Einzelzahlen, daß es namentlich die größeren Städte sind, welche die Mehrerträge liefern, während die Landgemeinden mit ihrem zum großen Teil aus Feldgrundstücken bestehenden Besitz meist entlastet werden. Es würde nicht den Tatsachen entsprechen, wenn ich behaupten wollte, daß darüber in den Städten lebhaftere Genugtuung herrsche. (Heiterkeit). Nach meiner Ansicht wird aber auch die städtische Bevölkerung, die eben im Allgemeinen in steuerlicher Hinsicht leistungsfähiger ist als die ländliche, sich in nicht ferner Zeit mit einer Reform abfinden, von der man doch sagen muß, daß sie dem Recht und der Billigkeit entspricht, und die auch innerhalb der Städte selber den Fortschritt bringt, daß die Immobilien in der Folge nach ihrem Verkehrswert zur Steuer herangezogen werden. Ob im Uebrigen die Vermögenssteuer im Vergleich zu den seitherigen Ertragssteuern auch bei einem Abgabefuß von 12 Pfg. per 100 Mk. Vermögensteuer-Anschlag sehr namhafte Mehrerträge bringen wird, ist zweifelhaft. Jedenfalls berechnet die Gr. Regierung diese Erträge zurzeit nicht höher als auf eine Million.

Da nun aber nach dem Verlauf, den die Sache seither genommen hat, nicht zu erwarten steht, daß die Zweite Kammer bereit sein wird, einen höheren Vermögenssteuerabgabefuß, als einen solchen von 11 oder 12 Pfennig zu bewilligen, so wird, falls man in der Folge darauf angewiesen ist, aus den direkten Steuern mehr herauszuwirtschaften, nur die Einkommensteuer in Betracht kommen können, und es hat sich auch schon bei den Verhandlungen in der Budgetkommission über das Gesetz wegen der Steuererhebung in den ersten 6 Monaten des Jahres 1908 ergeben, daß sich die Größ. Regierung mit dem Gedanken trägt, wenigstens einen Teil der Mehraufwendungen, wie sie durch die Revisjon des Gehaltstarifs entstehen werden, durch eine Erhöhung der Einkommensteuer zu decken. Die Erträge dieser Steuer sind nun in das vorliegende Budget nach den seitherigen Sätzen im Hinblick auf die Katasterzusammenstellung für 1907 ohnehin schon um 2,2 Millionen per Jahr höher als seither eingestellt, und es haben Erörterungen, die wir in der Budgetkommission mit der Größ. Regierung hatten, gezeigt, daß eine Steigerung der dormaligen Abgabefüße, namentlich in den oberen Einkommensstufen, falls sie nicht über ein gewisses vernünftiges Maß hinausgehen soll, ein größeres Mehrertragnis als ein solches von ungefähr 1,8 Millionen per Jahr nicht wird abwerfen können. Ob, eventuell in welchem Umfang aber eine derartige Erhöhung überhaupt nötig ist, wird sich natürlich erst dann herausstellen, wenn das Budget im einzelnen im Plenum durchberaten ist und wenn insbesondere auch die Mehraufwendungen definitiv feststehen, welche durch die Gehaltstarifsrevision werden verursacht werden.

Außer der Steigerung der Einnahmen des Staats, wie sie das Budget für 1908 und 1909 aufweist, ist weiter bemerkenswert, daß die Ausgaben nach dem Budgetentwurf in geringerer Maße gewachsen sind, als die Einnahmen. Nach der Berechnung des Herrn Finanzministers können die Nettoeinnahmen um 10,42 v. H. höher veranschlagt werden, während die Aufwandesätze im ganzen um 5,1 v. H. oder, wenn die finanziellen Beziehungen zum Reich außer Betracht gelassen werden, um 5,9 v. H. gestiegen sind.

Im großen und ganzen kann nun aber nicht gesagt werden, daß die Aufwand-Etats im Vergleich zu früheren Jahren besonders knapp bemessen wären. Namentlich ist mit Vermehrung der Zahl der etatmäßigen Stellen nicht geizig worden. Es soll diese Zahl nach dem Budget in der allgemeinen Staatsverwaltung von 11612 auf 12225, also um 613 (worunter übrigens 224 Volksschullehrer inbegriffen sind), u. in der Verwaltung der Verkehrranstalten von 6574 auf 7259, mithin um 685 gesteigert worden. Im gesamten Staatsdienst weist also das Budget eine Erhöhung der Zahl der etatmäßigen Beamtenstellen von 18186 auf 19484 d. i. um rund 1300 auf, woraus jedenfalls nicht der Schluß gezogen werden kann, daß die Finanzverwaltung den Wünschen der Beamten mit einem gewissen Mangel an Wohlwollen gegenüberstehe. Vielmehr bringt das Budget gerade auf dem Gebiete der Vermehrung der Zahl der etatmäßigen Stellen mit Zustimmung des Finanzministeriums die Erfüllung einer Reihe von Anliegen, die im Laufe der letzten Jahre aus Beamtenkreisen mit Recht erhoben worden sind. Aber nicht nur der persönliche, sondern auch der sachliche Aufwand ist namentlich bei den Ministerien des Innern, wie der Justiz, des Kultus- und Unterrichts gestiegen, und es ist auch der außerordentliche Etat verhältnismäßig reichlich ausgestattet. Sein Bruttobetrag beläuft sich auf 11 763 555 M., und sein Nettobetrag auf 10 161 235 M.

Unter allen Umständen ist erfreulich, daß das Ordinarium diesmal nicht mit einem Defizit, sondern mit einem Einnahme-Überschuß von 2 024 518 Mark jährlich abschließt, durch welchen etwa  $\frac{2}{5}$  der außerordentlichen Ausgaben für 1908/09 gedeckt werden. Allerdings liegt ja auch jetzt wieder ein Fehlbetrags-Budget insoweit vor, als eben der außerordentliche Etat nur zum Teil Deckung findet, bezw. davon 6,1 Millionen ungedeckt bleiben. Aber es ist kaum anzunehmen, daß zur Befreiung dieses budgetmäßigen Defizits sowie des restlichen Ausgabebedarfs im außerordentlichen Etat aus früheren Budgetperioden, welcher 7,5 Millionen beträgt, auf die Amortisationskasse gegriffen werden muß. Werden doch wieder von der hiernach sich ergebenden Gesamtsumme von 13,6 Millionen durch den über den eisernen Bestand von 13 Millionen hinausgehenden Rest des unlaufenden Betriebsfonds 3,45 Millionen und durch die von der Amortisationskasse erwirtschafteten Aktivzinsen von jährlich 750 000 M. 1 500 000 M. gedeckt, so daß der schließlich sich ergebende restliche Fehlbetrag sich auf 8,67 Millionen beläuft. Ich glaube, wir dürfen hoffen, daß diese Summe, wie wohl auch der Herr Finanzminister annimmt, aus künftigen Ueberschüssen wird bestritten werden können.

Was die ausgeschiedenen Verwaltungszweige der Staatsbahnen anbelangt, so stehen wir in diesem Jahre vor der Neuierung, daß uns bis jetzt erst das Budget der Eisenbahnbetriebsverwaltung vorgelegt worden ist, während uns die Budgets der Eisenbahnbauverwaltung und der Eisenbahnschuldenstilgungskasse spätestens bis zum Beginn des Monats März unterbreitet

werden sollen. Die Großh. Regierung weist darauf hin, daß die spätere Vorlage der beiden Etats der Uebung entspreche, wie sie vor dem Landtag 1887/88 bestanden hat, und erhofft von der Durchführung fraglicher Maßnahme eine größere Gründlichkeit und Genauigkeit der finanziellen Anforderungen im Eisenbahnbau, wie sie denn auch erwartet, daß anfangs März ein sichererer Ueberblick über den gesamten Ausgabebedarf unserer Eisenbahnen in der Budgetperiode zu gewinnen sein werde, als solcher jeweils beim Beginn des Landtags möglich war. Unsererseits wird gegen einen Versuch in bezeichneter Richtung nichts zu erinnern sein, und es könnte speziell vom Standpunkt der Budgetkommission aus nur begrüßt werden, wenn derselbe dazu beitragen würde, daß die in den letzten Jahren nicht selten beobachteten starken Unterschiede zwischen Anforderung und Verwendung im Eisenbahnbau, die häufigen Änderungen der Pläne während des Bauvollzugs und die umfangreichen Budgetnachträge verschwinden oder sich doch wenigstens verringern. Daß auf der anderen Seite bei einem großen gewerblichen Betriebe wie bei dem unserer Eisenbahnen, der vielfach mit rasch auftretenden Bedürfnissen zu rechnen hat, namentlich bei zweijährigen Budgetperioden die Ueberschreitung gewisser Schranken des Budgets und des Etatgesetzes leichter in Frage kommen und auch eher entschuldigt werden kann, wie auf dem Gebiete der allgemeinen Staatsverwaltung, ist eine mehr oder weniger in der Natur der Dinge begründete Erscheinung, und man wird sich deshalb doch auch davor hüten müssen, die Bewegungsfreiheit der Eisenbahnverwaltung in schablonenmäßiger Weise einzuzengen. Einen materiellen Wunsch, den die Volksvertretung auf dem letzten Landtag ausgesprochen hat, wird hoffentlich das in den nächsten Monaten zu erwartende Eisenbahnbaubudget, insofern dies an ihm liegt, oder aber ein noch einzubringender Gesetzesentwurf erfüllen, nämlich den, daß ein entsprechender Betrag — wir haben damals für die fünf kommenden Budgetperioden eine Summe von durchschnittlich 5 Millionen per Periode genannt — auf Herstellung von neuen Bahnverbindungen im Lande verwendet werden möge. Denn es besteht in weiten Kreisen der Bevölkerung der dringende Wunsch, daß das Schwergewicht unseres Eisenbahnbaus nicht über ein gewisses Maß hinaus auf die großen Bahnhofumbauten und Bahnhofserweiterungsbauten gelegt werde, sondern daß auch im Interesse einer gedeihlichen wirtschaftlichen Entwicklung verschiedener Landesgegenden ein sachgemäßer weiterer Ausbau unseres Eisenbahnnetzes erfolge.

Das uns bis jetzt allein vorliegende Budget der Eisenbahnbetriebsverwaltung weist jährliche Einnahmen von 101,1 Millionen und jährliche Ausgaben von 78,5 Millionen auf, so daß sich ein Einnahmehüberschuß von 22,6 Millionen ergibt. Dazu kommt noch der Anteil Badens an den Reineinnahmen der Main-Neckarbahn mit jährlich nahezu 900 000 Mark, während die Bodensee-Dampfschiffahrt mit einem Fehlbetrag von 63 000 Mark abschließt. Hiernach nimmt das Budget für 1908/09 einen jährlichen Nettobetrag an Eisenbahngesällen von 23,4 Millionen an, während jenes für 1906/07 nur mit einem solchen von 17 Millionen gerechnet hatte. Tatsächlich hat sich nun aber dieser Nettobetrag im Jahre 1906 auf 29,5 Millionen beziffert, nachdem er noch 1902 nur 14,5 Millionen ausgemacht hatte, dann aber 1903 auf 23,2 Millionen und 1904 auf 27,4 Millionen hinaufgegangen, sowie 1905 wieder auf 26,3 Millionen gesunken war. Angesichts dieser rechnungsmäßigen Zahlen wird gewiß angenommen werden können, daß auch die voranschlagsmäßigen Zahlen für 1908/09 sehr vorsichtig eingestuft sind und daß der Nettobetrag an Eisenbahngesällen tatsächlich bedeutend

höher sein wird als 23,4 Millionen per Jahr. Die Verhältnisse in unserem Eisenbahnwesen liegen überhaupt weniger ungünstig, als da und dort zugegeben werden will. (Abg. Fröhlich: Sehr gut! Große Heiterkeit.) Wenn man zum Beispiel bedenkt, daß seit der der Aufwand für Erweiterungsbauten, Neubauten und Neuanschaffungen, insofern er 50 000 M. für den einzelnen Gegenstand überstieg, ins Baubudget aufgenommen wurde, während er künftighin bis zu 100 000 M. im Betriebsbudget aufgefördert und erst von da an auf das Baubudget übernommen werden soll, vor allem aber wenn man berücksichtigt, daß die reine Eisenbahnschuld des Landes, die Ende 1906 435 Millionen betragen hat, durch die Betriebsüberschüsse in den Jahren 1903 mit 5,67, 1904 mit 6,54, 1905 mit 6,13 und 1906 mit 6,79 Proz. verzinst worden ist, so braucht man sich um die Erhaltung der Selbständigkeit unserer Bahnen nicht in dem Maße zu beunruhigen, wie dies immer wieder aufs Neue geschieht. Auch die Ausfälle im Personenverkehr in Folge der Tarifreform und der Einführung der Fahrkartensteuer geben meines Erachtens zu keinen großen Besorgnissen Anlaß. Vor allem scheinen sie mir zahlenmäßig noch nicht derart festzustellen, daß daraus weittragende Schlüsse gezogen werden könnten. Unsere badischen Kilometerhefte gelten noch bis 1. Mai d. J. Erst wenn nach diesem Termin 12 Monate abgelaufen sein werden, läßt sich eigentlich erstmals ein Jahresergebnis unter der Herrschaft der Tarifreform überblicken, und man sollte daher mit neuen Experimenten auf diesem Gebiete vorsichtig sein, es sei denn, daß man sich etwa jetzt schon dazu entschließen könnte, die Fahrkartensteuer zu reformieren (Abg. Süßkind: Sehr gut!), die in ihrer dormaligen Gestalt die Einnahmen der Eisenbahnen aus dem Personenverkehr offenbar ungünstig beeinflusst. (Sehr gut!) Größere Sorgen als einige Ausfälle im Personenverkehr wären starke Rückschläge auf dem Gebiete des Güterverkehrs zu machen geeignet, der, wie in dem Berichte des Herrn Kollegen Gieseler über die letzten Rechnungsnachweisungen ausgeführt ist, von den Schwankungen im Wirtschaftskreislauf weit mehr abhängt als der Personenverkehr, und aus dem bei uns seit einer Reihe von Jahren durchschnittlich etwa das Doppelte von dem eingenommen worden ist, was der Personenverkehr einbrachte. Aber mit diesen Schwankungen muß eben schließlich jedes gewerbliche Unternehmen, also auch die Eisenbahn, rechnen, und glücklicherweise ist es doch neuerdings immer so gegangen, daß Rückschläge im Wirtschaftskreislauf und Erwerbsleben nicht lange angehalten haben. Unter allen Umständen liegen die Verhältnisse auf dem Gebiete unserer Eisenbahnbetriebsverwaltung zurzeit so, daß der Zuschuß aus allgemeinen Staatsmitteln zur Eisenbahnschuldentilgungskasse, wie er seit der Höhe von 2 Millionen Mark per Jahr geleistet wurde, zur Deckung der Verpflichtungen dieser Klasse in bezug auf Verzinsung und Amortisation der reinen Eisenbahnschuld nicht mehr erforderlich ist, wie er denn überhaupt seit einigen Jahren nur noch die Bedeutung hat, das Anwachsen unserer Eisenbahnschuld zu verlangsamen. Ich glaube, der Zeitpunkt ist nicht mehr fern, in dem wir uns von dem alten Freunde nicht bloß vorübergehend sondern dauernd trennen müssen. Es ist gewiß anerkennenswert, daß aus allgemeinen Staatsmitteln im Laufe der Zeit rund 53 Millionen zur Deckung der Baukosten resp. zur Schuldverminderung beigetragen worden sind. Aber diese Zuschüsse haben eben doch auch in Zeiten beengter Finanzlage dazu geführt, daß man sich in bezug auf die Bedürfnisse des allgemeinen Staatshaushalts große Reserven auferlegen mußte, und ich muß

stark bezweifeln, ob sie unter den jetzigen Verhältnissen, die namentlich eine bedeutende Steigerung des personellen Aufwands erheischen, noch länger beibehalten werden können, wenn nicht wichtige Staatsaufgaben Not leiden sollen oder wenn nicht die Einkommenssteuer eine Steigerung erfahren soll, die das in andern Staaten zugelassene Maß dieser Steuer in einer Weise übersteigt, die schließlich auf die Niederlassung wohlhabender Leute im Lande nachteilig einwirkt.

Wir sollten überhaupt darnach streben, auf budgetärem Gebiete uns eine etwas größere Ellenbogenfreiheit zu verschaffen. Wenn ich auch vorhin zugegeben habe, daß das Ausgabebudget für 1903 und 1909 im Vergleich zu früheren Jahren nicht besonders knapp aufgestellt ist, so finden wir in demselben doch auch wieder gar manche Positionen, deren Erhöhung im allgemeinen Interesse des Staates dringend erwünscht wäre, aber aus Mangel an verfügbaren Mitteln nicht in Vollzug gesetzt werden kann. Solange man die Eisenbahnschuldentilgungsstaffe aus Steuererträgen alljährlich mit zwei Millionen dotiert und zugleich daran festhält, daß auch die außerordentlichen Ausgaben der allgemeinen Staatsverwaltung aus Betriebsüberschüssen d. h. aus Wirtschaftsmitteln gedeckt werden müssen, darunter Ausgaben wie für die Rheinregulierung zwischen Sondernheim u. Sträßburg oder für den Neubau der großen Staats-Irrenanstalten, wird man sich darüber nicht wundern können, daß man eben immer aufs Neue wieder gar mancher Anforderung und gar manchem Bedürfnis gegenüber sich notgedrungen ablehnend gegenüberstellen muß. (Abgeordneter Fröhau: Sehr gut!) Ich habe nun volles Verständnis dafür, daß die Groß-Regierung so lange als es irgend geht mit der Verwendung von Anlehensmitteln für das Extraordinarium des allgemeinen Staatshaushalts zurückhält. Auch wir in den Städten haben an der Vermehrung der kommunalen Schuldenlast, die immer größere Opfer für Amortisation und Verzinsung — namentlich bei der dormaligen unbefriedigten Lage des Geldmarktes — erfordert, keine Freude und würden es vorziehen, für unsere außerordentlichen Ausgaben, statt Anlehensmittel, Wirtschaftsmittel verwenden zu können. Ich muß aber doch auf der andern Seite sagen, daß ein großer Teil des wirtschaftlichen Aufschwungs unserer Städte gerade damit zusammenhängt, daß man in diesen Dingen nicht zu ängstlich gewesen ist (Abgeordneter Fröhau: Sehr gut) und nicht davor zurückgeschreckt hat, bei bedeutenden Unternehmungen, die in ihrer Wirkung auf lange Dauer berechnet sind, auch die kommende Generation im Wege der Kapitalaufnahme zur Tragung der Kosten mit heranzuziehen. Ob daher nicht auch der Staat über kurz oder lang dahin wird kommen müssen, daß er wenigstens in Ausnahmefällen zur Aufbringung der Mittel durch Anlehensaufnahme schreitet, ist eine Frage, die ich persönlich um so mehr für diskutabel halten möchte, als meines Wissens nach den Tilgungsplänen die Amortisation unserer Eisenbahnschuld mit durchschnittlich 1,87 Prozent per Jahr sich in rascherem Tempo vollzieht, als in den meisten andern Staaten. Ich bemerke übrigens ausdrücklich, daß speziell diese Frage im Schoße der Budgetkommission auf dem gegenwärtigen Landtage bis jetzt keine Beratung gefunden hat.

Im übrigen kann ich nur betonen, daß die Erörterungen der Kommission über unser Staatsbudget bisher einen durchaus befriedigenden Verlauf genommen haben. Man ist sich bei aller Verschiedenheit und Gegenfälligkeit der politischen Anschauungen in der gemeinsamen Arbeit auch sachlich näher gekommen und ich kann nur hoffen und wünschen, daß auch die Beratungen im Plenum Zeugnis davon ablegen möchten, daß wir Alle, wenn

auch unsere Wege vielfach auseinandergehen, doch das gleiche Ziel im Auge haben, nämlich die Hebung der geistigen, ethischen, wirtschaftlichen und sozialen Wohlfahrt unserer lieben badischen Heimat! (Lebhafter Beifall.)

Es erhalten alsdann das Wort

Abg. Dr. Rehner (Zentr.): Der Herr Präsident der Budgetkommission hat seinen einleitenden Vortrag damit begonnen, daß er uns einen Ueberblick über den Stand der Arbeiten der Budgetkommission gegeben hat, und er hat dabei erklärt, daß der Stand dieser Arbeiten ein gut vorgeschrittener sei, sodaß die Hoffnung bestehe, daß in diesem Jahr die Arbeiten der Budgetkommission früher zu Ende kommen werden, als das früher der Fall war. Er hat als einen der Gründe für dieses, wie ich sage, erfreuliche Resultat den bezeichnet, daß man in der Budgetkommission sich an die großen und an die neuen Posten gehalten habe, und über kleine Posten und namentlich über Dinge, die nicht neu sind, rasch hinweggegangen sei. Ich billige diese Behandlungsweise der Budgetkommission durchaus, und ich möchte meinerseits nur den Wunsch aussprechen, daß man auch hier im hohen Hause nach denselben Grundsätzen verfahren, daß man sich auch hier an das Große und Neue und nicht an das Kleine und Alte halten möge.

Der Herr Abgeordnete Dr. Wilkens hat sodann in seiner Einleitung bemerkt, man sei jetzt in der Budgetkommission und im Landtag nicht mehr in dem gleichem Maße in die Notwendigkeit verlegt, kleine Abstriche zu machen wie in früheren Zeiten, weil die wirtschaftliche Lage des badischen Volkes sich wesentlich gehoben habe, und weil auch im Volke selbst diese Erkenntnis verbreitet sei, sodaß man auch in der Bevölkerung auf Verständnis stoßen werde, wenn man jetzt etwas bereitwilliger und weitherziger in der Bewilligung sei. Ich bestätige diese Ausführungen des Herrn Präsidenten der Budgetkommission und bin der Meinung, daß wir gerade in diesem Augenblick in der Lage sind, uns darüber zu freuen, daß dieses Verständnis für erweiterte Ausgaben auch in den breiten Schichten der Bevölkerung vorhanden ist, denn eine der großen, neuen Ausgaben, die wir zu machen haben, ist die Ausgabe für die Aufbesserung der Beamtengehälter. Ich glaube, hier wird sich bewähren müssen, daß wirklich eine größere weitherzigere Auffassung auch in den breiten Schichten der Bevölkerung vorhanden ist. Auch die Bevölkerung wird erkennen müssen, daß die Aufbesserung der Beamten eine Notwendigkeit ist, und die Bevölkerung wird auch im großen und ganzen sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß die Mehrausgaben, die an Gehältern für die Beamten bewilligt werden, doch wieder im wesentlichen der Bevölkerung selbst zu flatten kommen, da die Beamten diese Beträge zu ihrer Lebenshaltung verwenden, und somit die Gelder wieder in die Umlauf des Verkehrs zurückkehren, aus der sie herausgekommen sind.

Was sodann die Bemerkung anlangt, die der Herr Abg. Dr. Wilkens gemacht hat in bezug auf die Mitverantwortung der Landstände für die Bewilligung von Ausgaben, was er gesagt hat über die Notwendigkeit der Beamtenaufbesserung im Vergleich namentlich auch gegenüber den Bewilligungen für die Arbeitslöhne, was er gesagt hat in bezug auf die Aufbringung des Mehraufwandes für die Beamtenaufbesserung, insbesondere in bezug auf die

Einkommensteuer, dem kann ich im großen und ganzen zustimmen, demgegenüber halte ich weitere Ausführungen nicht notwendig.

Uebergend zur Beurteilung der Finanzlage im Staate Baden kann ich sagen, daß wir die Lage im wesentlichen ebenso beurteilen, wie das der Herr Präsident der Budgetkommission getan hat, eine Beurteilung, die ja auch übereinstimmt mit derjenigen, die uns der Herr Finanzminister neulich vorgetragen hat. Ich bin der Meinung, daß unsere Finanzlage zwar keine glänzende ist, aber eine durchaus befriedigende. Als eine glänzende kann ich sie deshalb nicht ansehen, weil die Reserven, die wir aufgespart haben, immerhin von sehr bescheidenem Maße sind, und weil sie bei weitem nicht dasjenige Maß erreichen, was wir in früheren Zeiten schon erreicht haben, so daß wir, wenn etwa ungünstige Finanzperioden eintreten würden, nicht in der Lage wären, lange von unseren Vorräten zehren zu können.

Was die allgemeine Staatsverwaltung angeht, so hat schon der Herr Präsident der Budgetkommission ausgeführt, daß sich die Einnahmen seit dem Jahre 1904 stetig vorwärts entwickelt haben, sowohl auf dem Gebiete der direkten Steuern, als auf dem der indirekten, als auch in den Wirtschaftsbetrieben des Staates, in der Domänenverwaltung und in der Salinenverwaltung. Diese günstige Entwicklung der Einnahmen hat uns in den Stand gesetzt, daß wir seit dem Jahre 1904 nicht bloß die ordentlichen, sondern auch die außerordentlichen Ausgaben mit unseren Einnahmen voll haben bestreiten können, und wir haben nicht bloß die Ausgaben voll bestreiten können, sondern wir haben auch noch Ueberschüsse erzielt, die sich in den Sparbüchern des Staates, in dem umlaufenden Betriebsfonds und in der Amortisationskasse, angesammelt haben, sodaß wir immerhin einige Vorräte haben, aus denen wir im Notfall Beträge entnehmen können.

Das Ergebnis der Rechnung für das Jahr 1907 steht noch nicht fest. Ich schließe mich aber auch hier der Meinung des Herrn Abg. Wilckens und des Finanzministers an, daß wir nach dem Stand der wirtschaftlichen Lage wohl annehmen können, daß auch die Ergebnisse des Jahres 1907 keine wesentlich andere sein werden, als diejenigen, die wir im Jahre 1906 gehabt haben.

Der Staatsvoranschlag für die Jahre 1908 und 1909 schließt zwar mit einem nominellen Defizit von rund 8 Millionen ab, ich glaube aber, man wird auch hier die Hoffnung hegen können, daß sich unsere regulären Einnahmen auch in diesen beiden Budgetjahren derart steigern werden, daß wir in den Stand gesetzt werden, mit den Einnahmen dieser Zeit auch deren Ausgaben bestreiten zu können.

Der Herr Präsident der Budgetkommission hat weiter davon gesprochen, daß wir jetzt in die Lage kommen sollten, mit einer gewissen größeren Ellenbogenfreiheit unser Budget zu behandeln, und er hat gemeint, daß es wünschenswert wäre, gewisse Posten mit größeren Beträgen einzustellen, als das früher habe geschehen können. Ich will den Herrn Budgetpräsidenten auch in dieser Beziehung durchaus unterstützen. Ich meine, daß wir namentlich die Posten für kulturelle Ausgaben, die in dem Staatsbudget enthalten sind, immer mehr entwickeln sollten, damit wir in die Lage kommen, namentlich die kleinen, ländlichen Gemeinden, die sich zum Teil in einer sehr schwierigen finanziellen Lage befinden,

mehr wie bisher unterstützen zu können. Diese Unterstützung sollte den kleinen Gemeinden meines Erachtens hauptsächlich zukommen in bezug auf Wegebauten, und unter Umständen auch auf Begunterhaltungen, namentlich im Schwarzwald und in sonstigen Gegenden, wo die Unterhaltung der Wege große und schwierige Ausgaben für die Gemeinden notwendig macht. Es sollten auch mehr Mittel bewilligt werden, um ausgiebigere Unterstüzungen zu Schulhausbauten, Rathausbauten und dgl. für schwache Gemeinden gewähren zu können, und es sollten auch größere Mittel aufgewandt werden für die Anlegung größerer, zweckmäßiger und im Interesse weiterer Kreise der Bevölkerung wünschenswerter Wasserleitungen und dergl.

Es ist die Rede gewesen auch von dunklen Punkten, die im Gebiete unserer Finanzpolitik auftauchen; es ist davon die Rede gewesen, daß möglicherweise ein wirtschaftlich rückläufige Bewegung eintreten könne, die nicht ohne Einfluß bleiben könne auf die Entwicklung unserer Staatseinnahmen. Das ist ja wohl richtig, ich will aber auf diesen Punkt nicht weiter eingehen.

Zu den dunklen Punkten in einem gewissen Sinn wird man auch das zu rechnen haben, daß der Finanzminister in die Notwendigkeit gesetzt ist, uns die Mittel zu beschaffen, die notwendig sind zur Durchführung der Aufbesserung der Gehälter der Beamten. Allein ich glaube, das ist nicht das, was eigentlich die Lage unseres Finanzministers und die Lage der Finanzminister in den Bundesstaaten überhaupt schwierig macht, sondern was diese Lage jetzt schwierig macht, ist die überaus schlechte Finanzlage des Reiches (Zurufe: Sehr richtig.) Da droht uns fortwährend die Gefahr, daß das Reich mit seiner großen Hand Eingriffe macht in die Börse der Einzelstaaten, und zwar auch solcher Einzelstaaten, die derartige Eingriffe nicht in dem gleichen Maße leicht zu ertragen vermögen, wie der große Staat Preußen, der reiche Einnahmen und Ueberschüsse aus den Eisenbahnen hat, der ein großes Domänenwesen und einen vielleicht noch rentableren Besitz an Bergbau usw. hat. Da liegen die Schwierigkeiten, und da bin ich nun auch mit dem Herrn Präsidenten der Budgetkommission der Meinung, daß es unzulässig sei, daß das Reich den Einzelstaaten die direkten Steuern in einem irgendwie nennenswerten Betrage wegnimmt. (Sehr richtig.) Ich bin der Meinung, daß das unzulässig sei, nicht etwa aus theoretischen und prinzipiellen Gründen, denn ich glaube, vom theoretischen und prinzipiellen Gesichtspunkte aus ließe sich über diese Frage sehr wohl reden. Aber aus praktischen Gründen kann darüber insoweit nicht geredet werden, als man uns nicht sagt, mit was die Einzelstaaten ihre Ausgaben bestreiten sollen, wenn man ihnen die direkten Steuern, sei es nun die Vermögens- oder die Einkommensteuer, zu einem irgend nennenswerten Teil wegnimmt. Ich bin in Uebereinstimmung mit dem Herrn Dr. Wilckens der Meinung, daß die Wegnahme dieser direkten Steuern zu einem nennenswerten Betrag gleich käme einer Erschütterung der Fundamente der Verfassung des Reichs, weil die Einzelstaaten dann nicht mehr in der Lage wären, diejenigen großen Aufgaben, die ihnen noch geblieben sind, und die sich namentlich auf dem kulturellen Gebiet bewegen, in dem gleichen Maße zu vollführen, wie sie das bisher getan haben. Die Wegnahme der direkten Steuern aus den Einzelstaaten wäre m. E. gleichbedeutend mit der Kraftlosmachung der Einzelstaaten oder sie nun gleichbedeutend mit einer Ueberwälzung der Schuldenwirtschaft, die bisher im Reiche getrieben worden ist, auf

die Einzelstaaten, und das würde ich für eine sehr bedenkliche Entwicklung der Dinge ansehen. Ich bin daher der Meinung, daß die Einzelstaaten, und insbesondere auch die Finanzminister der Einzelstaaten, unbedingt darauf halten müssen, daß das Reich seine Ausgaben selbst, aus eigenen Steuerquellen aufbringt, und daß es auch nicht etwa dahin kommen darf, daß die Ausgaben, die das Reich macht, auch ungedeckten Matrifularbeiträgen über dasjenige Maß hinaus aufgebracht werden, welches in der Reichsfinanzreform zuletzt als noch erträglich festgestellt worden ist. Wir haben ja im Reiche jetzt den Block, und er wird ja in der Lage sein, diese Reichsfinanzreform mit Leichtigkeit in die Debnung zu bringen. (Heiterkeit) Wir werden sehen, was er in dieser Beziehung zu leisten oder vielleicht auch nicht zu leisten imstande ist. (Abg. Muser: Die Schulden, die Sie gemacht haben!)

Es ist sodann auch die Frage wieder berührt worden, ob nicht in den Einzelstaaten, insbesondere hier in Baden, man gewisse Ausgaben der allgemeinen Staatsverwaltung auf Anleihe übernehmen solle. Ich bin der Meinung, daß diese Frage, ob man im Gebiete der allgemeinen Staatsverwaltung Schulden machen kann, keine prinzipielle Frage ist, sondern daß diese Frage einfach entschieden werden muß nach Lage der Dinge. Ich bin der Meinung, daß solche Ausgaben, die sich als einmalige Ausgaben darstellen und die eine Grundstockvermehrung des Staatsvermögens von Wert für eine lange Zeit darstellen, sehr wohl auch einmal auf Anleihetitel genommen werden können. Ich bin aber auch weiter der Meinung, daß die Frage, was eine Ausgabe von außerordentlicher Art ist, von der Art, daß sie auf Anleihetitel genommen werden kann, sich wesentlich verschieden beantworten vom Standpunkt einer Einzelperson, vom Standpunkt einer Stadt und vom Standpunkt eines Staatswesens aus. Ein Staatswesen, wie das badische, welches 1200 bis 1300 Dienstgebäude hat, würde nicht wohl daran tun, wenn es diejenigen Dienstgebäude, die von Zeit zu Zeit neu aufgeführt werden müssen, auf Anleihetitel nehmen wollte, weil ich der Meinung bin, daß bei einem so großen Bestand an Dienstgebäuden die Herstellung von Erweiterungsbauten, die Herstellung auch der notwendigen Erweiterungsbauten sich nicht als eine außerordentliche Aufwendung darstellt, sondern daß das nichts anderes ist als ein Verwaltungsaufwand, der meines Erachtens aus den allgemeinen Einnahmen des Staates getragen werden muß. Die einzige Ausgabe, die nach meiner Meinung dormalen allenfalls für die Frage in Betracht kommen könnte, ob sie nicht auf Schuldanleihe genommen werden soll, das ist die Ausgabe für die Regulierung des Oberrheins. Ich bin aber der Meinung, daß auch diese Ausgabe nicht auf Schulden gemacht werden sollte, und zwar deshalb, weil es sich doch hier um eine verhältnismäßig kleine Ausgabe von 5 bis 6 Millionen Mark für Baden handelt, und weil diese Ausgabe schon nach dem ganzen Ausführungsplan für die Regulierung sich auf eine längere Reihe von Jahren erstreckt, sodas der Betrag, der in das einzelne Budget aufzunehmen ist, von einer so untergeordneten Bedeutung ist, daß auch diese Ausgabe aus den ordentlichen Einnahmen bestritten werden sollte. Ich möchte also, und damit vertrete ich den Standpunkt meiner Fraktion, die Meinung aussprechen, daß die badische Finanzverwaltung bei dem bleiben sollte, wobei sie bisher geblieben ist, daß nämlich die Ausgaben der allgemeinen Staatsverwaltung aus den ordentlichen Einnahmen bestritten werden sollen. Der Abg. Wildens hat selbst schon auf einige Schattenseiten hingewiesen, die in den Städten durch die vielen Schuldaufnahmen

erwachsen sind, und ich selbst habe in der letzten Zeit Gelegenheit gehabt, aus dem Rechenschaftsbericht einer größeren Stadt zu entnehmen, welche erhebliche Beträge da alljährlich für die Schuldenverzinsung und für die Amortisation aufgewendet werden müssen, die, wenn man sie nicht aufzuwenden brauchte, sehr wohl ausreichen würden, ganz bedeutende Ausgaben zu bestreiten. Nun haben wir uns ja seither in einer wirtschaftlich aufblühenden Periode befunden. Wenn aber einmal eine wirklich ernsthafte, länger dauernde rückläufige Bewegung eintreten würde, dann glaube ich, würde die Beschwer für die Städte noch sehr viel größer werden als sie jetzt schon ist. Es ist auch in der letzten Zeit viel erörtert worden, welches die Gründe seien, die zu dem hohen Stand des Bankdiskonts geführt haben, den wir in den letzten Monaten zu verzeichnen gehabt haben, und als einer der Gründe ist unter anderem auch angeführt worden die außerordentlich große Inanspruchnahme des Geldmarktes durch die Anleihen der Staaten und der Städte, und ich glaube, wir sollten nicht dazu beitragen, daß diese Ansprüche an den Geldmarkt auch noch dadurch eine Vermehrung erfahren, daß wir auch in der allgemeinen Staatsverwaltung zu einer Schuldenwirtschaft übergehen.

Es ist davon die Rede gewesen, daß die Abschaffung der Fleischatzise stattfinden solle. Es ist ja richtig, daß das ganze Haus sich früher, soviel ich mich erinnere, dafür ausgesprochen hat, daß diese Atzise abgeschafft werden solle. Aber es ist eine ganz interessante und merkwürdige Erscheinung, die der Herr Abg. Wildens auch bereits erwähnt hat, daß man in der Bevölkerung für diese Sache durchaus nicht begeistert ist. Im Gegenteil, die Leute sagen einem: Zu was denn diese Atzise abschaffen, die lediglich in die Tasche der Metzger fließen würde, und deren Ausfall wir nur dadurch wieder aufbringen müssen, daß man vielleicht den Steuerfuß für die Vermögenssteuer um einen Pfennig erhöht? Es war ja hoch interessant, daß der erste Artikel in der Presse in dieser Richtung in einem sozialdemokratischen Blatt, in dem Blatt, welches unser Herr Kolb redigiert (Heiterkeit), gestanden hat, ohne daß diese Sache auch nur mit einem einzigen Wort kritisiert worden ist. (Abg. Kolb: Das ist nachträglich gründlich geschehen!) Und noch interessanter ist es, daß dieser selbe Artikel auch in den „Badischen Landesboten“ übergegangen ist. (Zuruf: Umgekehrt!) Umgekehrt ist auch gefahren (Große Heiterkeit), also dann war es umgekehrt. Das ist jedenfalls interessant, daß diejenigen beiden Parteien, von denen sich die eine als ganz besonders berufen ansieht zur Vertretung der Interessen der kleinen Leute, und von denen die andere prätendiert, in besonderem Maße eine Volkspartei zu sein, daß gerade diese beiden Parteien zuerst in der Richtung geblasen haben, daß die Fleischatzise nicht aufgehoben werden soll. Ich vermute allerdings, daß der Verfasser jenes Artikels nach dem Prinzip gehandelt hat, daß einem das Hemd näher liegt als der Rock, denn er plädiert zwar für die Beibehaltung der Fleischatzise, dagegen für die Abschaffung des Ohmgeldes und der Weinatzise. Es scheint also ein Weininteressent gewesen zu sein, der diesen Artikel geschrieben hat.

Indes, die Tatsache steht fest, daß eine große freudige Stimmung keineswegs erzeugt wird, wenn die Fleischatzise aufgehoben wird. Und so bin ich der Meinung, daß man immerhin die Frage erwägen könnte, ob nun schon auf diesem Landtage die Atzise aufgehoben werden soll, oder ob man nicht zuwarten soll bis zu demjenigen Termin, auf welchen auch die Oktrois in den Städten auf Getreide, Fleisch usw. aufgehoben werden müssen,

nämlich auf den 1. Januar 1910. Das wäre, glaube ich, immerhin der Erwägung wert und würde vielleicht den Uebergang in die neue Vermögenssteuer uns erleichtern und uns wohl auch die Lasten, die aus der Aufbesserung der Beamten erwachsen, leichter und weniger empfindlich machen. Ja, von dem Standpunkte derjenigen Interessen, für die ich immer gern eintrete, nämlich vom Standpunkte der landwirtschaftlichen Interessen, bin an und für sich ein Freund der Aufhebung der Fleischsteuer, weil ich mir sage, daß schließlich im Laufe der Zeit, wenn auch nicht sofort, die Aufhebung doch auch den Produzenten der Fleischtiere bis zu einem gewissen Grade zugute kommen muß. Ich möchte mich keineswegs etwa unbedingt und ohne weiteres gegen die Aufhebung der Fleischsteuer aussprechen, nur die angegebene Erwägung möchte ich immerhin empfehlen.

Eine Frage möchte ich wenigstens noch in die Diskussion wieder hereinziehen, eine Frage, die schon früher einmal in der Kammer, wenn ich mich recht erinnere, erörtert worden ist, und gegen die sich damals der Herr Abg. Frühauß meines Erinnerns mit ganz besonderer Schärfe gewendet hat, nämlich die Frage, ob nicht die badische Staatsregierung den Versuch machen sollte, Anteil zu bekommen an den Erträgen der preussischen Klassenlotterie dadurch, daß wir selbst uns zu einem Teile des Vertriebsgebietes dieser Lotterie machen. Das Großherzogtum Hessen hat sich bekanntlich dieser Lotterie angeschlossen und erzielt meines Wissens aus diesem Anschlusse recht erhebliche Beträge. Es haben sich meines Erinnerns auch die mitteldeutschen Staaten, die thüringischen Staaten, in der neueren Zeit angeschlossen, und auch sie erzielen für ihre Staatskasse ganz nennenswerte Einkünfte. Nun hat der Herr Abg. Frühauß, soviel ich mich erinnere, namentlich vom sittlichen Standpunkte aus, dagegen seine Bedenken geltend gemacht. Nun wäre es freilich sehr schön und gut, wenn man die Leute davon abhalten könnte, ihr Geld in die Lotterien zu setzen. Aber jeder, der bei Gericht und bei der Polizei zu tun hat, der weiß, daß trotz aller Verbote der Einführung fremder Lotterielose in großem Umfang gleichwohl auch im Großherzogtum Baden gespielt wird, und die Leute, die einen noch intimeren Einblick in das Tun und Treiben der Bevölkerung haben, wissen das noch besser. Nun bin ich der Meinung, es ist immerhin noch besser, wenn man einen Zustand, der nun tatsächlich doch einmal existiert, zu einem legalen macht und daraus dann auch seinen Gewinnanteil nimmt, als daß wir aus dem Zustand keinen Nutzen ziehen, aber davon alle Nachteile haben, namentlich auch den Nachteil, daß wir von Zeit zu Zeit strafend gegen die Agenten einschreiten müssen, die von auswärts Lose in das Großherzogtum hereinsenden und sie hier vertreiben. (Abg. Frühauß: Da können wir genau so gut eine Bordellsteuer einführen!) Was für eine? (Abg. Frühauß: Eine Bordellsteuer!) Ja, dann muß der Herr Abg. Frühauß eine dahingehende Anregung einbringen! (Große Heiterkeit.)

Was sodann die Eisenbahnverwaltung, die aus geschiedenen Verwaltungszweige, anbelangt, so bin ich der Meinung, daß auch hier der Stand unserer Finanzen ein durchaus erfreulicher zurzeit ist. Wir haben seit einer Reihe von Jahren nicht nur so viele Ueberschüsse aufgebracht, daß wir unsere Eisenbahnschuld haben verzinzen und die Amortisationsrate haben tilgen können, sondern wir haben von den Ueberschüssen des Betriebes auch noch sehr bedeutende Beträge verwenden können für den Neubau von Bahnen. Ich hoffe, daß das auch in Zukunft so sein wird, wenn gleich

freilich gerade die Gefahr besteht, daß eine rückläufige Bewegung in dieser Beziehung uns zu allererst schädigen wird. Ich hoffe aber, daß doch auch in Zukunft kein Nachlassen im Ausbau unseres Bahnnetzes, namentlich in der Herstellung von Neben- und Kleinbahnen in Gegenden, die solcher noch entbehren, stattfindet.

Es ist auch erwähnt worden, daß in dem gegenwärtigen Staatsvoranschlag, wie übrigens zum Teil schon in dem vorigen Staatsvoranschlag, der Zuschuß von 2 Mill. Mark, der bisher aus der allgemeinen Staatsverwaltung an die Eisenbahnschuldentilgungskasse geleistet worden ist, in Wegfall gekommen ist. Ich möchte dabei meinerseits dem Wunsche Ausdruck geben, daß das nicht nur provisorisch so sein möchte, sondern daß dieser Zuschuß definitiv in Wegfall kommen sollte. Ich bin sogar der Meinung, wir könnten und sollten schließlich auch einmal dazu kommen, daß wir aus den Ueberschüssen der Eisenbahnverwaltung Zuschüsse leisten zu der allgemeinen Staatsverwaltung. (Sehr richtig!) Das würde sich meines Erachtens umsomehr rechtfertigen lassen, als wir im Gebiete des Eisenbahnwesens Ausgabe jetzt schon auf Schuldtitel machen und als wir eventuell die Aufmachung von Schulden im Gebiete der allgemeinen Staatsverwaltung durch solche Zuschüsse aus den Eisenbahnbetriebsüberschüssen vermeiden könnten.

Auch auf dem Gebiete der Eisenbahnfinanzverwaltung finden wir aber manche dunkle Punkte. Dazu rechne ich vor allem das starke Anwachsen unserer Eisenbahnschuld. Seitdem ich hier dem Hause als Mitglied angehöre, und das ist erst seit dem Jahre 1899 der Fall, hat sich der Stand unserer Eisenbahnschulden um mehr als 100 Millionen gesteigert. Und damit sind wir noch keineswegs zum Abschluß gelangt. Es besteht vielmehr die begründete Aussicht, daß wir im Verlaufe der nächsten 10 oder 12 Jahre den Stand unserer Eisenbahnschuld um weitere 150 bis 200 Millionen Mark hinaufbringen werden. Diese Hinaufsetzung der Eisenbahnschuld wird im großen und ganzen lediglich die Folge der großen Eisenbahnbauten in den Städten sein, die ja ungeheure Summen in Anspruch nehmen. Sodann betrachte ich als einen immerhin wenig erfreulichen Zustand die Tatsache, daß unser Betriebskoeffizient immer noch ein recht hoher ist, daß er immer noch den Betrag von 70 Prozent übersteigt. An diesem Betriebskoeffizienten sollten wir wenigstens einige Prozent noch herabbringen. Wir werden ihn allerdings nicht auf den preussischen Stand von 60 Prozent herabbringen können, wie ja übrigens auch in Preußen zuletzt dieser Koeffizient auf 67,8 Prozent hinaufgegangen ist.

Was der Herr Abg. Dr. Wilkens über die Folgen der Personentarifreform und der Fahrkartensteuer gesagt hat, das entspricht im wesentlichen auch meinen Anschauungen; ich werde mich daher über diese Punkte nicht weiter verbreiten.

Den Neuerungen, die in der Statifizierung der Eisenbahnverwaltung vorgenommen worden sind, kann auch ich im Namen meiner politischen Freunde die Zustimmung erteilen. Wir halten es für ein richtiges Verfahren, daß man Beträge bis zu 100 000 M. für Umbauten und kleinere Anlagen nicht auf die Bauverwaltung, sondern auf die Betriebsverwaltung übernimmt, und daß man damit zu einem Verfahren gekommen ist, wie es in den übrigen größeren Bundesstaaten schon bisher üblich ist. Wir halten es auch für zweckmäßig, daß der Eisenbahnbauetats erst später vor-

gelegt wird, vorausgesetzt, daß sich an diese spätere Verlegung dann auch wirklich jene günstigen Folgen anknüpfen, die nach dem Vortrage des Herrn Finanzministers davon erhofft worden: daß nämlich die Bauprojekte, die dann zur Vorlage an den Landtag kommen, auch gründlicher und zuverlässiger als bisher durchgearbeitet sind und daß wir weniger mit Nachtragsbudgets angegangen werden, als es bisher der Fall war. Vor allem aber muß ich auch den Wunsch aussprechen, daß die Administrativkredite eine wesentliche Reduzierung erfahren. Denn wenn man in einem Budget von verhältnismäßig kleinem Umfang, wie wir es in Baden haben, Administrativkredite von über 12 Millionen Mark hat, so ist das, meines Erachtens, doch eine starke Beeinträchtigung des Budgetrechts des Landtages (Sehr richtig!), und ich möchte für meine Person den Wunsch aussprechen, daß wir in Zukunft auf einen viel geringeren Betrag von Administrativkrediten kommen mögen, als das bisher der Fall war (Beifall).

Wenn ich vorherhin gesagt habe, wir hätten allen Grund, darauf hinzuwirken, daß sich unsere Eisenbahnschuld in einer möglichst geringen Höhe halte, und daß auch unser Betriebskoeffizient womöglich noch etwas herabgedrückt werde, so bin ich der Meinung, daß das erreicht werden kann durch eine richtige Sparpolitik am richtigen Platze. Ich bin nicht der Meinung, u. ich habe das schon ausgesprochen, daß man sparen solle an dem Bau von Bahnen in Gegenden, wo bisher noch keine sind; ich bin auch nicht der Meinung, daß etwa gespart werden solle dadurch, daß man an dem Personal der Eisenbahn abspart, daß man etwa an den Eisenbahnarbeitern oder den kleinen Beamten die Ersparnisse zu machen sucht. Aber ich glaube, daß man eine gewisse Ersparnis dadurch machen könnte, daß die Eisenbahnverwaltung in Zukunft mehr als bisher in den Stand gesetzt würde, das Terrain, welches sie ankaufen muß und welches sie braucht, um einen mäßigeren Preis ankaufen zu können; dazu wird hoffentlich die Novelle zum Enteignungsgesetz die nötige gesetzliche Grundlage geben. Vielleicht aber wird auch sonst ein etwas kaufmännischeres Verfahren dazu führen, daß manche Ersparnisse in dieser Richtung gemacht werden können: man muß sich namentlich rechtzeitig das Gelände sichern und nicht erst dann zum Erwerb schreiten, wenn es in die zweite oder gar in die dritte Spekulationshand gegangen ist.

Sodann habe ich den Eindruck, als ob wir gewisse Eisenbahnbauten, insbesondere gewisse Güterbahnhöfe, gleich in einem Maße zur Ausführung gebracht hätten, wie das auf absehbare Zeit gegebene Bedürfnis es nicht verlangt. Ich will da nicht dahin verstanden werden, daß die Groß-Eisenbahnverwaltung sich nicht das Gelände hätte sichern sollen, um auch für später die nötigen Bauten und Anlagen herstellen zu können. Aber man hätte in bezug auf die Ausführung dieser Anlagen doch wohl bis zu einem gewissen Grade stufenweise vorgehen können. Wir haben jetzt eine solche Menagerie von großen Bahnhöfanlagen, die teilweise ausgeführt, teilweise in der Ausführung begriffen sind, daß man, als Laie wenigstens, sich schwer eine Vorstellung davon machen kann, daß sie in diesem Umfang wirklich notwendig sind. Wir haben jetzt einen neuen großen Güterbahnhof in Basel; wir haben einen solchen in Freiburg; wir haben einen großen Güterbahnhof in Apenweier und ein sehr großer Güterbahnhof wird jetzt auch in Offenburg gebaut; das sind auf eine verhältnismäßig kurze Strecke sehr große Anlagen, bezüglich welcher man vom

Standpunkte eines Laien aus schwer einsehen kann, daß sie in dem Maße wirklich zurzeit notwendig sind. Die Beschichtigungen, die wir im vorigen Landtag in Basel und in Freiburg vorgenommen haben, haben wenigstens bei mir die Meinung hervorgerufen, daß diese Anlagen zurzeit keineswegs genügend ausgenützt sind.

Auch in bezug auf das Hochbauwesen der Eisenbahnverwaltung könnte sehr wohl mit einer gewissen Sparpolitik vorgegangen werden. Es ist, glaube ich, ein falsches Prinzip, das Hochbauwesen der Eisenbahnverwaltung so zu behandeln, wie wenn es sich um Bauten handelte, die für Jahrhunderte hergestellt würden. Wir haben doch jetzt die Erfahrung gemacht, daß die Aufnahmgebäude z. B., wie auch mancherlei andere Hochbauten in der Eisenbahnverwaltung, nach 40, 50, 60 Jahren vollständig veraltet sind und nicht mehr den Bedürfnissen entsprechen. Da ist es doch das Beste, wenn man die Bauten möglichst schlicht und einfach herstellt und dadurch so viel an Ausgaben spart, daß man mit diesen Ausgabensparnissen samt den Zinsen dann nach einer gewissen Reihe von Jahrzehnten wieder einen Neubau herstellen kann, ohne daß man dafür größere Mittel aufzuwenden braucht, als ausgegeben werden, wenn man in einer früheren Periode kostspieliger baut. Dabei bin ich auch der Meinung, daß, wenn die großen Städte das Bedürfnis haben, Aufnahmgebäude von dekorativer Ausstattung zu besitzen, daß man dann den Städten es sehr wohl anheimen kam und anheimen sollte (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Aha!), daß sie das, was für Dekoration ausgegeben werden soll, auf ihre Kasse übernehmen, und daß man der Staatskasse nur diejenigen Beträge zumuten soll, die notwendig sind, um Gebäude aufzuführen, die ihren Bedürfnissen entsprechen (Bravo! und Sehr richtig! im Zentrum).

Schließlich könnte meines Erachtens auch im Kleinen in bezug auf das Bauwesen manches gespart werden. Die eigenen Beobachtungen, Mitteilungen von Privatleuten, die an ihren Bahnhöfen darüber Beobachtungen machen, und namentlich auch von Eisenbahnbeamten lehren uns, daß da nicht immer mit derjenigen Sparpolitik gewirtschaftet wird, die wünschenswert ist. Ich selbst habe die Beobachtung gemacht, daß man z. B. in dem Gang eines Aufnahmgebäudes einen Dielenboden, der noch ganz gut war, herausgerissen hat, und als ich die Arbeiter gefragt habe: „Warum wird denn der Boden herausgerissen?“, da haben sie erklärt: „Ja, das wissen wir auch nicht, es werden Plättchen hineingelegt.“ Ein andermal sieht man, daß die Plättchen herausgerissen werden, und dann kommen wieder Bretter herein. Dann wird diese Wand dahin verlegt, und nach einer gewissen Zeit wird wiederum geändert. Ich glaube also, daß da Manches gespart werden könnte.

Soviel über unsere Finanzlage und das Budget. Ich will mich nun in dem zweiten Teile meines Vortrages zu den politischen Fragen wenden, wie das nach der Übung dieses Hauses herkömmlich ist. Und da möchte ich zunächst ein paar Worte sagen über die Veränderungen, die seit dem letzten Landtage in der Besetzung des Staatsministeriums vor sich gegangen sind.

Nicht sehr lange nach dem letzten Landtag ist der frühere Herr Finanzminister Dr. Becker abgegangen. Jemandem welche politische Bedeutung wird man diesem Abgang nicht beimessen können; der Abgang ist zweifellos begründet durch die Gesundheitsverhältnisse des Herrn Dr. Becker. Es ist dem Herrn Finanzminister Becker gelungen, ein großes Reformwerk, die

Ueberführung der Ertragssteuern in die Vermögenssteuer, abzuschließen, ein Reformwerk, welches sein Herr Vorgänger, Finanzminister Dr. Buchenberger, in einer 10jährigen Arbeit gründlich vorbereitet hat. Man wird heute schon wagen können, daß im großen und ganzen dieses Reformwerk gelungen ist, daß insbesondere eine gewisse Entlastung der schwächeren Steuerzahler und eine gerechtere Verteilung der Steuer zwischen den verschiedenen steuerpflichtigen Schichten eingetreten sind. Damit hat der Herr Finanzminister eine gute Erinnerung in seinen Ruhestand mitnehmen können. Wir haben keinen Grund, mit der Amtsführung des abgegangenen Herrn Finanzministers irgendwie unzufrieden zu sein. Wir anerkennen sein redliches Bestreben, dem Staate nützliche Dienste zu leisten, und wir sprechen die Hoffnung und den Wunsch aus, daß es ihm beschieden sein möge, in seinem Ruhestande sich noch lange Jahre einer guten Gesundheit zu erfreuen (Bravo! im Zentrum).

An die Stelle des Herrn Finanzministers Dr. Becker ist der gegenwärtige Herr Finanzminister Dr. Gonsell getreten. Der Herr Dr. Gonsell ist bei seiner Ernennung in den Zeitungen der linksliberalen und weiter linksstehenden Parteien zum Teil recht unfreundlich empfangen worden. Meine Partei hat sich an diesem unfreundlichen Empfang, soweit ich wenigstens gesehen habe, in den Mätern nicht beteiligt. Wir haben auch jetzt keine Veranlassung, dem neuen Herrn Finanzminister irgendwie unfreundlich zu begegnen. Wir bringen ihm unser volles Vertrauen entgegen. Er ist vor eine schwierige Aufgabe gestellt, wie ich das ja vorhin bereits angedeutet habe, und wir sind bereit, ihm in der Vollführung dieser Aufgabe, soweit es uns möglich sein wird, zur Seite zu stehen. Wir hoffen insbesondere, daß es dem neuen Herrn Finanzminister gelingen möge, ebenfalls ein großes, langersehntes Werk zum Abschluß zu bringen, wie sein Herr Amtsvorgänger, daß es ihm gelingen möge, die Gehaltsrevision zu einem befriedigenden Ergebnis zu führen.

Dabei möchte ich gleich einen Wunsch aussprechen. Die Lehrer sind auf dem vorigen Landtag aufgebessert worden, und auf diesem Landtag soll eine Aufbesserung für die Staatsbeamten erfolgen. In Preußen, in Bayern, in Württemberg ist mit den Aufbesserungen der Lehrer und der Beamten auch eine Verbesserung der Einkommensverhältnisse der Geistlichen verbunden, und da möchte ich den Wunsch aussprechen, daß der Herr Finanzminister in der Lage sein möge, ebenfalls die Mittel zu bieten, damit die sonst allgemeinen Aufbesserungen nicht an den Geistlichen allein spurlos vorübergehen (Widerspruch bei den Sozialdemokraten). Ich möchte dem beifügen, daß bei dieser Aufbesserung auch auf eine Ausgleiche derjenigen Disparität hingewirkt werden möge, die dormalen in diesen Verhältnissen besteht.

Außer dem Wechsel in dem Finanzministerium ist auch ein Wechsel im Ministerium des Innern vor sich gegangen. Hier ist der Herr Minister Dr. Schenkel aus dem Amte ausgeschieden, und an seine Stelle ist der Herr Freiherr v. Bodman getreten. Ich glaube, das Ausscheiden des Herrn Ministers Dr. Schenkel ist wesentlich anders zu charakterisieren, als der Abgang des Herrn Finanzministers Dr. Becker. Ich bin der Meinung, daß dieser Wechsel im Ministerium des Innern entschieden eine politische Bedeutung hat, und daß der Herr Minister Dr. Schenkel sein Amt deswegen verlassen hat, weil er nicht mehr das volle Vertrauen desjenigen besaß, der ihn durch sein Vertrauen zu seinem Amte berufen hatte. Ich bin der Meinung, daß insbesondere die

Großblockpolitik, die von dem abgegangenen Herrn Minister begünstigt worden ist, der Stein des Anstoßes gewesen ist. Diese Großblockpolitik hat sich im wesentlichen gegen das Zentrum und die konservative Partei gerichtet, und es wird deshalb verständlich sein, daß wir nicht unglücklich darüber waren, daß der Herr Minister Dr. Schenkel außer Stande gesetzt worden ist, diese gegen das Zentrum und die konservativen Richtungen gerichtete Politik weiter fortzusetzen. Im übrigen sind wir aber gerecht genug, anzuerkennen, daß der Herr Minister Dr. Schenkel nach seinen Befähigungen, nach seinem Können, nach seinem ausgebreiteten Wissen und seiner langjährigen Erfahrung, sowie auch nach seiner Arbeitskraft und Arbeitslust sehr wohl im Stande gewesen wäre, sein Ministerium zum Nutzen des Landes weiter zu verwalten, wenn er sich nicht dazu hätte verleiten lassen, eine so proungierte Parteipolitik in seinem Ministerium zur Geltung kommen zu lassen.

An die Stelle des Herrn Dr. Schenkel ist der Herr Minister v. Bodman getreten. Man wird ohne weiteres annehmen dürfen, daß der neue Herr Minister den Wein, den er ausschütten wird, nicht überall aus den gleichen Fässern zapfen wird, aus denen ihn sein Herr Amtsvorgänger gezapft hat (Geisterkeit). Man wird insbesondere annehmen dürfen, daß der neue Herr Minister der Innern keine Lust hat, die Großblockpolitik seines Amtsvorgängers fortzusetzen. Will er sich im übrigen den Parteien gegenüber verhalten wird, das ist eine Frage, die mir zurzeit noch nicht vollständig geklärt zu sein scheint. Bevor der neue Herr Minister in sein Amt berufen worden ist, aber zu einer Zeit, als sein Name schon für dieses Amt genannt wurde, habe ich in einer Zeitung gelesen, daß, wenn Herr v. Bodman Minister des Innern werde, das gleichbedeutend sein werde mit der Einrichtung eines nationalliberalen Parteidementals nach Eisenlohrschem Muster. Ich habe damals diese Prophezeiung für wenig wahrscheinlich gehalten, und zwar deshalb, weil ich mir sagte, daß die Parteiverhältnisse im Großherzogtum dormalen nicht so seien, daß ein Minister die Meinung hegen könnte, sein Regiment sei wohl installiert, wenn er es als ein nationalliberales Parteidement einrichtet. (Abg. Dieterle: Sehr richtig!) In der Zwischenzeit hat sich aber freilich eine Tatsache ergeben, die Zweifel daran aufkommen läßt, ob nicht der neue Herr Minister doch nach einer Einrichtung seines Regiments nach dieser Richtung neigt. Der neue Herr Minister hat nämlich der Wahl des Kammerpräsidenten Veranlassung genommen, an die Parteileitung der Konservativen heranzutreten, um durch deren Vermittlung die Mitglieder der konservativen Fraktion hier im Hause zu bestimmen, für den nationalliberalen Kandidaten einzutreten und nicht für den Kandidaten des Zentrums. Meines Erachtens wäre es wünschenswert und besser gewesen, wenn der Herr Minister des Innern diesen Schritt unterlassen hätte. Denn er hat sich damit auf die Arena der parteipolitischen Kämpfe begeben, er hat damit für eine bestimmte Partei sich engagiert. Der Herr Minister hätte aber auch diesen Schritt deshalb nicht unternehmen sollen, weil er damit den Herren von der konservativen Fraktion die Zuzunahme stellte, einen Wandel in ihrer politischen Anschauung vorzunehmen, eine Stellung zu verlassen, die sie in dem vorigen Landtag eingenommen haben. (Abg. Fröhlich: Wie Oswald!) Die Herren von der konservativen Fraktion haben damals aus wohlverwogenen Gründen sich dahin entschieden, dem Zentrum den ersten Präsidenten in der Kammer zu geben, da das Zentrum die größte Fraktion ist und ihn nach alter Übung und Herkommen demnach der Erste Präsident zukommt. Es wäre aber auch aus dem Grunde wünschenswert gewesen, daß der Herr Mi-

nister des Innern diesen Schritt nicht unternommen hätte, weil er ohne Erfolg hat nach Hause gehen müssen und weil es für einen Minister nicht angenehm sein kann, einen solchen parteipolitischen Schritt unternommen zu haben, wenn er ohne Erfolg aus der Sache herausgehen muß.

Wir wollen von diesem einzelnen Vorgang unser Urteil noch nicht bestimmen lassen. Aber das kann ich sagen, daß wir doch durch diesen Akt des Herrn Ministers stutzig geworden sind, daß wir deshalb zu größerer Vorsicht ihm gegenüber gemahnt sind, und jedenfalls alle Veranlassung haben, dafür zu sorgen, daß wir nicht unvorhergesehen mit Weiterem überrascht werden, namentlich wenn es sich einmal darum handelt, wieder allgemeine Wahlen zu betätigen.

Nicht neu auf seinem Platz ist der Herr Staatsminister von Dusch. Ich muß mich mit ihm aber gleichwohl ein wenig befassen (Heiterkeit), weil er uns seit dem letzten Landtag eine neue oder neue Ueberraschungen bereitet hat. Herr Staatsminister v. Dusch war Ressortminister in dem Ministerium von Brauer, welches sich hier eingeführt hat mit der Erklärung des Herrn v. Brauer, daß er die Staatsverwaltung unabhängig von den Parteien leiten werde, indem er sich über oder neben die Parteien stellen werde. In diesem Staatsministerium des Herrn v. Brauer war Herr Dr. v. Dusch Ressortminister und man mußte nach seiner ganzen Haltung und nach allen Reden und Äußerungen, die man damals von ihm zu hören und zu lesen Gelegenheit hatte, annehmen, daß Herr Dr. v. Dusch sich als ein vollkommen gleichartiges Element in diesem über oder neben den Parteien stehenden Ministerium des Herrn v. Brauer fühle. In dieser Beziehung sind wir aber überrascht worden durch die Haltung des Herrn v. Dusch, nachdem er selbst Staatsminister geworden war; ich darf Sie nur daran erinnern, daß unter seinen Aupizien die Begünstigung der Blockpolitik stattgefunden hat, von der ich schon vorher gesprochen habe. Ich darf darauf hinweisen, daß es unter seinen Aupizien vorgekommen ist, daß der Herr Minister des Innern es duldet, daß Amtsvorstände mit sozialdemokratischen Agitatoren oder sozialdemokratischen Kandidaten zusammen operierten. Ich will Sie weiter darauf hinweisen, daß unter den Aupizien des Herrn v. Dusch es vorgekommen ist, daß der Herr Minister des Innern die bekannte Inquisition gegen die katholische Geistlichkeit in Scene gesetzt hat, die sich über alle Teile von Baden erstreckte, und ich will darauf hinweisen, daß der Herr Minister selbst als damaliger Justiz- und Kultusminister in diese Aktion auch alsbald eingetreten ist und eine Reihe von Geistlichen vor die Gerichte gestellt hat. Auch darauf will ich hinweisen, daß der Herr Minister v. Dusch im letzten Landtag mehrmals in einer Sprache gegen das Zentrum aufgetreten ist, wie wir sie früher bei ihm nicht zu hören Gelegenheit hatten. Diese ganze Haltung des Herrn Staatsministers hat einen durchaus anderen Eindruck gemacht, als seine frühere Haltung als Ressortminister in dem Ministerium des Herrn v. Brauer. Inzwischen aber hat er durch den bekannten Wahlerlaß anläßlich der letzten Reichstagswahl uns eine neue Ueberraschung bereitet. Da ist vom Staatsministerium an alle Ressorts und aus den Ressortkabinetts an alle Bezirksstellen ein Erlaß gegangen, wodurch die Vorstände der Stellen aufgefördert worden sind, die vaterländisch gesinnten Wähler darauf aufmerksam zu machen, daß es ihre Pflicht sei, von ihrem Wahlrechte Gebrauch zu machen, und daß es dazu notwendig sei, daß sie sich von der Eintragung ihrer Namen in die Wählerlisten überzeugen, damit sie ihr Wahlrecht auch

ausüben können, und es war beigefügt, man solle die Beamten in der geeigneten Weise belehren. Es wird darüber kein Zweifel walten können, daß dieser Erlaß eine hochoffizielle amtliche Wahlmache war. (Sehr richtig!) Denn es ist ganz zweifellos, daß unter den „vaterländisch gesinnten Wählern“ von damals die Wähler einer ganz bestimmten Richtung zu verstehen waren. Es waren die Wähler des Blocks, darüber konnte auch nicht einen Augenblick Zweifel sein. Und wenn man einen Augenblick Zweifel gehabt hätte, so hätte man zu jener Zeit nur in eine einzige Nummer der amtlichen „Karlsruher Zeitung“ blicken dürfen, und man hätte sich vollkommen davon überzeugt, daß nur die Blockwähler zu denjenigen Wählern zu zählen seien, die als vaterländisch gesinnte bezeichnet worden waren. Ich habe damals zu den vaterländisch gesinnten Wählern jedenfalls nicht gehört. (Heiterkeit) Man wäre auch wahrscheinlich in der Lage, manch sonderbare Vorstellung zu bekommen von dem, was als eine geeignete Belehrung der Beamten anzusehen ist, wenn man alle die Belehrungen zur Hand hätte, die damals infolge dieses Erlasses gegeben worden sind. Ich bedauere, daß der Herr Staatsminister sich dazu verstanden hat, diesen Erlaß herauszugeben, und ganz besonders bedauere ich es, daß er als Justizminister mit diesem Wahlerlaß auch an die Gerichte herangetreten ist. (Rufe im Zentrum: Sehr richtig.) Ich stehe 32 Jahre im Dienste der Justiz und in diesen 32 Jahren habe ich nie etwas davon gehört, daß von Seiten eines Ministeriums auch an die Gerichte mit Wahlbelehrungen herangetreten worden ist. Ich bedauere, daß es dem Herrn Minister von Dusch als Justizminister beschieden war, die Akten des Gerichtes mit derartigen Wahlerlassen zu verunziern. (Sehr gut! im Zentrum.)

Auch für den Schritt, den der Herr Minister v. Bobman anläßlich der Wahl des Präsidenten unternommen hat, wird der Herr Staatsminister die Verantwortung mittragen müssen, weil wir der Meinung sind, daß der Herr Minister diesen Schritt kaum würde unternommen haben, wenn er nicht der Zustimmung des Chefs des Staatsministeriums versichert gewesen wäre. Daß wir nun nach diesen Vorgängen das Ministerium des Herrn von Dusch im wesentlichen anders beurteilen als wird als Ministerium des Herrn von Brauer beurteilt haben, das wird einer weiteren Ausführung nicht bedürfen. Wir müssen die Amtsführung des Herrn v. Dusch als Staatsminister auch wesentlich anders beurteilen, als seine Amtsführung, die er als Ressortminister betätigt hat, und es ist ganz selbstverständlich, daß wir darnach auch unser eigenes Verhalten, insbesondere die Vorsichtsmaßregeln, die wir für notwendig erachten, einrichten. Soviel über unsere Stellung gegenüber dem Staatsministerium.

Und nun will ich ein paar Worte über unser Verhältnis zu den andern Parteien sagen. Da möchte ich zunächst den Herren von der konservativen Fraktion unsere dankbare Anerkennung aussprechen (Heiterkeit auf der linken Seite und in der Mitte), daß sie auch bei der jetzigen Präsidentenwahl an dem Standpunkt, den sie schon bei dem letzten Landtag als richtig erkannt haben, festgehalten haben und daß sie durch die Anfechtungen, die von seiten des Herrn Ministers des Innern an sie herangetreten sind, sich nicht aus dieser Haltung haben herausbringen lassen (Zwischenrufe). Sie haben aus wohl überlegten und wohl erwogenen Gründen (Lachen) auf dem vorigen Landtag entsprechend den Traditionen des Hohen Hauses ihre Stellung eingenommen, und daß sie diese festgehalten haben, das ist zwar kein besonderes Verdienst, aber es ist doch unserer Anerkennung wert.

Was sodann unser Verhältnis zu der national-liberalen Partei anbelangt, so hat sich daran nichts geändert. (Ruf: Sehr richtig!) Es hat einmal vor einigen Jahren so ausgesehen, als ob zwischen der national-liberalen Partei und dem Zentrum eine gewisse Annäherung und Verständigung stattfinden könnte (Ruf: Später!). Von unserer Seite hat es nicht an Versuchen zu einer derartigen Verständigung gefehlt. Ich darf wohl hinweisen auf die Rede, die der Herr Geistliche Rat Wacker vor der Reichstagswahl des Jahres 1903 (Heiterkeit links) auf einer Versammlung in Stuttgart gehalten hat, ich darf auch auf manchen anderen derartigen Versuch hinweisen, sowie darauf, daß eine solche Annäherung bis zu einem gewissen Grade durch die einfache Tatsache angezeigt war, daß ja die Herren von der national-liberalen Seite uns doch nicht entbehren können, wenn es sich darum handelt, große staatliche Aufgaben durchzuführen. Das hat der letzte Landtag bewiesen, und der jetzige Landtag wird voraussichtlich wieder Gelegenheit geben, das zu beweisen. Trotzdem erklären die Herren von der national-liberalen Partei uns fortgesetzt als das größere Uebel selbst gegenüber der Sozialdemokratie, und daß bei diesem Verhalten auf jener Seite die freundschaftlichen Gefinnungen auch bei uns nicht wachsen, daß dem entsprechend auch unser Verhalten ist, das wird man wohl als selbstverständlich ansehen müssen.

Interessant war es uns übrigens, zu sehen, daß die national-liberale Partei doch in bezug auf die Wahl des zweiten Vizepräsidenten jetzt eine wesentlich andere Haltung eingenommen hat als auf dem letzten Landtag, daß sie sich jetzt auch auf den Standpunkt gestellt hat, den die Zentrumsfraktion im letzten Landtag und immer eingenommen hat, auf den Standpunkt nämlich, daß kein Mitglied auf den Präsidentenstuhl steigen könne, das nicht bereit ist, die herkömmlichen Loyalitäts- und Repräsentationspflichten gegenüber dem Landesherren zu erfüllen, diejenigen Repräsentations- und Loyalitätspflichten, die nach der Verfassung, der Geschäftsordnung und ständiger Übung hergebracht sind.

Man hat im übrigen davon geredet, daß die national-liberale Partei im Begriffe sei, eine allgemeine Rechtschwengung vorzunehmen, daß sie insbesondere die Großblockpolitik aufgeben und sich auch von dem Junglinksliberalismus mehr und mehr abkehren wolle. Ich habe an eine derartige Schwengung nicht geglaubt, und in den offiziellen Stimmen der Partei ist auch immer die Absicht einer derartigen Rechtschwengung in Abrede gestellt worden. Im Gegenteil, es sind immer wieder Stimmen aufgetaucht, die selbst die Notwendigkeit des Zusammengehens mit der sozialdemokratischen Partei betont haben, und erst vor wenigen Wochen hat ein angesehenener Führer der national-liberalen Partei in Mannheim anläßlich eines Berichtes über den national-liberalen Parteitag in Lahr unter großem Beifall der Anwesenden, wie es in den Zeitungen hieß, erklärt, das Notwendigste für die national-liberale Partei sei der Kampf gegen das Zentrum, und dieser Kampf könne nicht wider die Sozialdemokratie, sondern nur mit der Sozialdemokratie durchgeführt werden (Sehr richtig!) und darnach müsse man die Politik der national-liberalen Partei, insbesondere auch für die nächsten Wahlen, einrichten. Man wird deshalb nicht überrascht sein, sondern es als sicher voraussehen dürfen, daß die national-liberale Partei im Interesse der Erhaltung ihrer Mandate auch bei den nächsten Wahlen die Großblockpolitik wieder handhaben wird, wie sie das bei den letzten Wahlen getan hat, und daß die Führer dieser Partei ebensogut den Weg nach Offenburg finden werden zur Wohnung des Herrn Geß, als sie den Weg seiner

Zeit gefunden haben zur Wohnung des Herrn Dreesbach in Mannheim. (Abg. Kolb: In die Sakristei!) Ich bin schon seit 40 Jahren nicht mehr in der Sakristei gewesen. (Zwischenruf) Ich bin nicht mehr hineingekommen, seitdem ich ministriert habe. (Abg. Süßkind: Bayern!) War der Herr Abg. Süßkind vielleicht darin? (Heiterkeit. Abg. Süßkind: Ich werde auch auf Ihre Einladung aus sehr guten Gründen nicht hineinkommen, es waren auch andere darin, das werden Sie schon noch erfahren).

Von der national-liberalen Partei wende ich mich dann zu den links-liberalen Parteien des Hauses. Diese Parteien befinden sich zurzeit in einer Situation, die für sie sehr wenig angenehm ist (Widerspruch bei den Demokraten). Die Herren haben sich durch die Blockpolitik in Baden und in der letzten Zeit namentlich durch die Blockpolitik im Reich dazu bestimmen lassen, ihre Grundsätze mehr und mehr umzubiegen und sie tatsächlich zumteil über Bord zu werfen; sie sind zu Liebedienern des Blocks, zu reinen Opportunisten des Tages geworden. Sie haben das getan, in der Hoffnung, davon politischen Nutzen zu ziehen. Sie haben ja ein sehr schönes Programm aufgestellt gehabt, in welchem es auch nicht an einigen Ministersejeln für die Herren von den links-liberalen Parteien in Preußen und im Reich gefehlt hat. Aber die Illusionen, denen sie sich hingegeben haben, sind doch zum großen Teil schon in einer ziemlich grausamen Weise zerstört worden. Man darf dabei nur auf die Vorgänge bezüglich des Wahlrechts in Preußen vom 10. Januar d. J. hinweisen. Nur einen Erfolg haben die Herren allerdings zu verzeichnen, zu dem wir ihnen unsere Gratulation darbringen. Sie haben beim letzten Ordensfest eine ganze Reihe von Orden-Adlerorden vierter Klasse erhalten. (Heiterkeit.) Im übrigen wird ihnen aber ihre schwankende Haltung gewiß nicht zum Nutzen gereichen. (Abg. Frühauß: Wer weiß!) Nur in einer Richtung sind die Herren von den links-liberalen Parteien tapfer vorwärts gegangen, in der Richtung der Kulturkämpferei, und man sagt kaum zuviel, wenn man den Satz ausspricht, daß dormalen fast die rabiatesten Kulturkämpfer in den Reihen der links-liberalen Parteien seien. Diese Parteien haben sogar eine ganz besondere neue Spezialität ausgebildet, die man bisher nicht kannte: Das Spezialistentum der Gebetbuchstudenten (Heiterkeit). Einzelne von den Herren ziehen mit Gebetbüchern im Lande herum und halten Vorträge nach Art von Sektenpredigern und meinen dann, sie hielten damit politische Vorträge, für die das Volk ein Interesse und Verständnis hat. Und noch etwas hat sich ereignet: Schriftsteller treten aus den Reihen dieser Parteien auf, die Broschüren in die Welt senden, an denen das Hervorstechendste die gräßliche Mißhandlung der Wahrheit (Sehr richtig! im Zentrum) mittels falscher Zitate ist. (Abg. Muser: Unwahrheit!), die sie zumteil — ich habe ja den Herrn Abg. Muser garnicht genannt (Heiterkeit) — vielleicht unbewußt aus Schriftstellern gleicher Art abschreiben, die sie aber zum Teil — dafür habe ich den Beweis in Händen — auch selbst in der Weise zurecht frisieren, daß sie ungefähr das Gegenteil von dem beweisen, was sie beweisen würden, wenn richtig und vollständig zitiert würde (Abg. Muser: Heraus mit dem Beweis!). Ich glaube, mit diesem Verhalten, mit diesem vollständigen Verbiegen der Grundsätze, auf denen das Programm dieser Parteien s. Bt. aufgebaut worden ist, und mit dieser sonderbaren Art der Kulturkämpferei werden Sie im Volke keine großen Fortschritte machen. Sie waren, obwohl Sie sich mit Vorliebe als Volkspartei bezeichnen, schon bisher nicht in der Lage, aus eigener Kraft auch nur einen einzigen Abgeord-

neten für diesen Landtag auf die Beine zu stellen. Und wie wenig diese neueste Art der Propaganda Ihnen Anhängererschaft verschafft hat, dafür dürften die Vorgänge bei den linksliberalen Parteiblättern einen gewissen Einblick gewähren. Wir können also diese Partei von unserem Standpunkt aus ruhig ihrer weiteren Tätigkeit überlassen und den Wunsch aussprechen: Noch mehr Blockpolitik und noch mehr Gebetbuchstudium! (Beifall im Zentrum.)

Ich komme nun an die Herren von der sozialdemokratischen Partei. Ich beschränke mich aber darauf zu erklären, daß unser Standpunkt dieser Partei gegenüber unverändert der gleiche ist, wie wir ihn immer eingenommen haben.

Wir können die Bestrebungen dieser Partei wegen ihrer Ziele nicht billigen, weil sie auf den Umsturz der bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse gerichtet sind. Wir können diese Bestrebungen auch nicht billigen wegen der Methode, mit der das Ziel angestrebt wird, eine Methode, die auf den Klassenhaß und Klassenkampf und auf die Zerreißung der Bevölkerung in eine Klasse von Kapitalisten und Arbeitgebern und in eine Klasse der nicht zu diesen Kapitalisten und Arbeitgebern Gehörigen besteht. Auch diese Methode halten wir für falsch. Wir sind der Meinung, daß diese Partei auf einem unrichtigen Wege ist, wenn wir auch die Idee, die der Sozialdemokratie zu Grunde liegt, die Hebung der Kleinen, der Schwachen, der Arbeiter, für einen richtigen Gedanken halten, dem auch wir unsere Kräfte zur Verfügung stellen, wenn auch auf eine Weise, die wesentlich anders ist wie diejenige der Sozialdemokratie. (Abg. Fröhlich: Zolltarif!) Der Herr Abg. Fröhlich ruft wieder „Zolltarif“. Wir können doch den Zolltarif nicht zwanzig Jahre lang behandeln!

Mit einem Wort möchte ich auch noch auf meine eigene Partei zu reden kommen. Man hat anläßlich der Tatsache, daß der erste Präsident der Kammer aus den Reihen des Zentrums gewählt worden ist, Stimmen in den Zeitungen lesen können dahin, nun werde der Zentrumsparthei der Kamm erst recht schwellen, nun werde sich eine breite Flut schwarzer Politik über das badische Land ergießen. Sie können aber ganz beruhigt sein, wir werden Sie, wenn irgend möglich, mit Dummheiten nicht ergößen, wir werden weder eine ultramontane Politik machen noch eine clerikale, noch eine reaktionäre Politik, sondern wir werden eine gut bürgerliche Politik machen. (Beifall im Zentrum.)

Diese Politik wird zur Grundlage haben die christliche Weltanschauung und die loyale Anhänglichkeit an die Monarchie. (Beifall im Zentrum.) Und sie wird eine konservative Politik im besten Sinne des Wortes sein (Beifall im Zentrum), eine Politik, die sich allseitig bewußt sein wird der Tatsache, daß geschichtliche Zusammenhänge bestehen und daß man im politischen Leben nicht unvermittelte Sprünge machen kann und den alten Rast nicht ausziehen soll, solange man nicht einen neuen besseren hat. Diese Politik wird aber auch fortwährend ittellich und liberal sein im besten Sinne des Wortes, sie wird sich keinem ausgereißten und im Bedürfnis der Zeit liegenden Fortschritt verschließen. Das haben wir bisher schon so gehalten und ich hoffe, daß wir auch in Zukunft zu beweisen in der Lage sein werden, daß wir in vielen Dingen freisinniger und liberaler sind als diejenigen, die sich speziell als freisinnig und liberal bezeichnen.

Unsere Politik wird vor allem auch eine Politik der sozialen Denkweise sein. Wir werden unser Augenmerk allezeit darauf gerichtet halten, die Kleinen und Schwachen, wo wir sie auch finden, zu heben und zu fördern, mögen

sie nun Arbeiter, kleine Beamte oder kleine Handwerker und Landwirte sein. Unsere Politik wird eine echte Mittelstandspolitik sein (Beifall im Zentrum), die die Auswüchse des Kapitalismus möglichst unschädlich zu machen und die die Schichten des Mittelstandes immer breiter und umfangreicher zu gestalten sucht. Und mit dieser Politik hoffen wir, wie bisher, so auch in Zukunft einen gewissen Eindruck im Lande zu machen, und wir hoffen, daß diese unsere Politik nicht nur zur Erhaltung und zur Stärkung der Zentrumsparthei im Lande führen wird, sondern daß sie ausschlagen wird zum Gedeihen und zum Segen des badischen Landes! (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Staatsminister und Minister der Justiz, des Kultus und Unterrichts **Wirkl. Geh. Rat Dr. Febr. von Dusch:** Ich hatte nicht die Absicht, schon jetzt das Wort zu ergreifen. Allein, da morgen eine Sitzung nicht stattfindet, und da ich annehmen muß, daß ich nach einer weiteren und voraussichtlich langen Rede heute überhaupt nicht mehr zum Worte kommen könnte, so möchte ich doch jetzt schon auf die heftigen Angriffe erwidern, die gegen die Regierung, besonders gegen einzelne Mitglieder der Regierung und speziell auch gegen mich gerichtet worden sind. Allein das ist keineswegs der einzige Zweck meiner Ausführungen, sondern ich möchte vor allem auf die allgemeinen Erörterungen und Anregungen, die von Seiten des Herrn Abg. Dr. Wildens und des Herrn Abg. Dr. Zehnter bezüglich unserer ganzen Finanzpolitik und bezüglich unseres Budgets gegeben worden sind, kurz eingehen.

Die Großh. Regierung kann sich mit den Ausführungen der beiden Herren Abgeordneten zu diesen beiden Punkten im großen und ganzen durchaus einverstanden erklären. Die Ausführungen waren ja bezüglich der Finanzpolitik im wesentlichen nach der gleichen Richtung hin zugeschnitten, und der einzige wesentliche Unterschied, der vielleicht gefunden werden könnte, ist der, daß der Herr Abg. Dr. Zehnter eine Anlehenspolitik für den Staat, wenigstens für die jetzige Zeit, direkt ablehnt, während der Herr Abg. Dr. Wildens wenigstens eine Deckung einzelner Ausgaben, speziell der Ausgaben für die Rheinregulierung, aus Anlehensmitteln befürwortet.

Der Herr Abg. Dr. Wildens hat an die Spitze seiner Ausführungen den Gedanken gestellt, daß die Zeit, in der durch die Budgetkommission Abträge gemacht worden seien, vorüber sei, und daß jetzt der Landtag geneigt sei, in jeder Richtung der Regierung mit Bewilligung von Ausgaben entgegenzukommen. Ich kann das bekräftigen teils mit dem Gefühl der Genugtuung, teils auch mit einem gewissen Gefühl, daß manchmal der Landtag die Regierung vor die sehr able Lage stellt, ihrerseits Forderungen aus Erwägung der Finanzpolitik abzulehnen, die vom Landtage an sie gebracht waren. Derartige Forderungen werden auch in diesem Landtage ganz zweifellos wieder aus Anlaß vor allem unserer Gehaltstaxtarifsnovelle an die Regierung gelangen. Es werden sich vielleicht da ab und zu Meinungsverschiedenheiten ergeben; ich möchte aber heute auf das ganze Gebiet der Gehaltstaxtarifsnovelle nicht eingehen, denn wir sollten grundsätzlich vermeiden, uns jetzt aus Anlaß der allgemeinen Budgetdebatte auf Einzelheiten dieser Revision einzulassen, und zu solchen Einzelheiten möchte ich meinerseits unter anderem auch die Frage des Einführungstermines für den neuen Gehaltstaxtarif rechnen.

Nur eine Frage greife ich aus diesem Gebiete heraus, das ist der Gedanke, den der Herr Abg. Dr. Wildens geäußert hat, es werde wohl die im letzten Landtag ge-

scheiterte Aufnahme der Volksschullehrer in den Gehalts-Tarif wieder zu Erörterungen Anlaß geben.

Ich hätte nicht erwartet, daß in dieser Richtung, wenigstens aus den Kreisen der nationalliberalen Partei, diese Frage wieder angeregt werden würde, wie dies auf dem letzten Parteitag geschehen ist. Denn die Regierung hat nach den ganz bestimmten Erklärungen der großen Parteien in diesem Hause im letzten Landtage annehmen müssen, daß die Frage der Gehalte der Volksschullehrer wenigstens über diese Budgetperiode hinweg fest geregelt sei. Ich möchte aber dringend bitten, diese Frage nicht jetzt schon in den Kreis unserer weiteren Erörterungen zu ziehen, denn ich glaube, daß allein die Erörterung der Frage der Volksschullehrergehalte unter Umständen mehrere Tage in Anspruch nehmen könnte. Diese Frage, wie auch andere entscheidende Fragen des Gehaltsstufes werden zunächst in der gestern gebildeten Kommission zu erörtern sein, und ich möchte meinerseits auf irgend etwas weiteres in dieser Richtung nicht eingehen.

Der Herr Abg. Dr. Wildens hat auch wie der Herr Abg. Dr. Zehnter die Frage der Reichsfinanzreform erörtert. Ich kann auch in dieser Richtung die erfreuliche Uebereinstimmung der Ansichten der Regierung mit denen der beiden Vorredner bekunden. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß sowohl der Herr Abg. Dr. Wildens als der Abg. Dr. Zehnter Gegner der Einführung direkter Reichsteuern sind, und ich kann nur das, was der Herr Abg. Dr. Zehnter in dieser Richtung ausgeführt hat, als durchaus zutreffend bezeichnen. Ich will auf die weiteren Reichsteuernprojekte, die ja überhaupt noch nicht den Bundesrat passiert haben und sich deshalb unserer Erörterung entziehen, in diesem Zeitpunkt nicht weiter eingehen.

Es ist ferner aus dem allgemeinen Gebiete unserer Finanzen hingewiesen worden auf die außerordentliche Vermehrung der Stellen etatmäßiger Beamten, die ja im neuen Budget auf nahezu 20 000 angewachsen sind. Es ist, wie das Hohe Haus mir glauben wird, für die Regierung immer eine Frage sehr ernster und schwieriger Ueberlegung, ob und inwieweit mit der Vermehrung etatmäßiger Stellen vorgegangen werden soll. Das ist hier aber gerade eines der Gebiete, in dem wir immer und immer wieder aus diesem hohen Hause gedrängt und dazu geführt worden sind, für die Etatifizierung auch solcher Stellen zu sorgen, die früher nicht etatmäßig gewesen sind.

Ich will auf das Gebiet des Eisenbahnbudgets nicht übergreifen. Ich kann nur zu meinem Bedauern feststellen, daß ich den Optimismus, der sich in dem Zwischenrufe des Herrn Abg. Fröhlich „sehr gut!“ gezeigt hat, als von Eisenbahnüberschüssen die Rede war, meinerseits nicht teilen kann. Ich betrachte auch den Wegfall der Dotation für die Eisenbahnschuldentilgungskasse als eine Frage, die wir jetzt noch nicht für alle Zeiten erledigen können. Es wird sich im Laufe der Debatte Gelegenheit geben, ein Bild davon zu entwerfen, wie es gekommen wäre, wenn nicht der Staat seit Jahrzehnten seine Dotation zur Eisenbahnschuldentilgung gegeben hätte, mit anderen Worten, welcher weiteren Schuldenlast unsere Bahnen und welcher weiteren Zinsenlast auf diesem Gebiete wir gegenüber stehen würden, wenn die Dotation nicht eingesetzt worden wäre. Die Frage wird aber für uns für die nächste Zukunft nur eine akademische sein insofern, als alle beteiligten Verwaltungen einig sein werden, daß in diesem Budget aus zwingenden Gründen und wegen des im allgemeinen guten Standes der Eisenbahnerwaltung eine erhebliche

Beschränkung oder ein Wegfall der Dotation wird eintreten können.

Ich will auf die Frage der Anlehenspolitik, die ja auch wieder eine große Rolle in dieser Debatte spielen wird, heute nicht näher eingehen. Auch in dieser Richtung kann ich mich im wesentlichen dem anschließen, was der Herr Abg. Dr. Wildens und mit noch größerer Schärfe und Präzision der Herr Abg. Dr. Zehnter ausgeführt hat. Ich möchte nicht auf alles das, was früher gesagt worden ist, zurückgreifen und ich kann nur seitens der Regierung erklären, wie auch der Herr Abg. Dr. Zehnter gesagt hat: Als eine prinzipielle Frage in dem Sinne, daß überhaupt nie und nimmer ein Anlehen für allgemeine Staatszwecke gemacht werden dürfte, kann selbstverständlich die Regierung diese Frage nicht ansehen. Es ist eine praktische Frage, oder sagen wir besser eine Frage der Not, ob und wann etwa auch der Staat dazu übergehen muß, für allgemeine Staatszwecke Anlehen zu machen. Diesen Zeitpunkt zu ermessen, ist außerordentlich schwierig. Aber ich glaube, man wird nach der Gestaltung unseres Budgets sagen können, der Zeitpunkt, dazu überzugehen, ist noch nicht gegeben. Ich stimme in diesem Punkte auch mit dem Herrn Abg. Dr. Zehnter überein, der ausgeführt hat, daß die Rheinregulierung bei ihren verhältnismäßig nicht sehr erheblichen Kosten nicht auf Anlehen übernommen werden sollte. Allein das ist eine Frage, über die noch verhandelt und gesprochen werden wird, und auf die ich meinerseits die Regierung nicht vorweg festlegen möchte.

Zu der Frage der Anlehenspolitik will ich schließlich nur noch hervorheben, daß wir ja, wie im letzten Landtag mehr als einmal gesagt wurde, in Baden nicht etwa nur im Besitze einer sehr erheblichen und sich noch immer unheimlich steigenden Eisenbahnschuld sind, sondern daß wir ja tatsächlich erheblich an der Reichsschuld partizipieren, die jetzt 4 Milliarden Mk. beträgt. Die Reichsschuld mit ihrer Verzinsung ist eine Aufgabe, die auch auf die Einzelstaaten zurückfällt, und gerade die Anlehenspolitik, die im Reiche getrieben worden ist, hat schließlich zu Zuständen geführt, die jetzt in zwingender Weise eine Reform erfordern. Ich möchte auf die Gründe, und auf den Verlauf dieser früheren Reichsanlehenspolitik hier nicht eingehen; aber wenn man die Schuld der verschiedenen Faktoren an dieser Politik ermessen will, so glaube ich, daß auch das Zentrum — wenn auch der Herr Abg. Zehnter in der Theorie ganz mit mir übereinstimmt — durch seine Politik der letzten zehn oder mehr Jahre einigermaßen dazu beigetragen hat, daß eben nicht die richtigen und notwendigen Quellen für eine wirkliche Reichsfinanzreform erschlossen worden sind! (Zustimmung der Linken des Hauses — Widerspruch beim Zentrum).

Der Herr Abg. Zehnter hat im Verlaufe seiner Ausführungen — nachdem er in sehr dankenswerter Weise sowohl uns Sparsamkeit im Haushaltsetat anempfahlen, als auch in der Anlehenspolitik einen uns durchaus erwünschten Standpunkt eingenommen hat — besonders auf Eines hingewiesen: Er hat hervorgehoben, es sollten die Posten für sogenannte kulturelle Zwecke im Budget noch erhöht werden. Der Herr Abg. Zehnter rechnet dazu u. A. die Positionen für Straßen- und Wegebauten, Schulhausbauten, Rathausbauten, Wasserleitungen, besonders diejenigen Summen, die den Gemeinden als Beiträge vom Staat gegeben werden. Ich bin bisher der Ansicht gewesen, daß der badische Staat in dieser Richtung schon weit, sehr weit gegangen ist, und

daß die Politik der letzten Jahrzehnte in diesem Hause dazu geführt hat, diese Posten immer weiter zu steigern. Aber gerade diese Posten — die doch nicht notwendige, sondern nur förderliche Staatsausgaben sind — sind eben die Faktoren, die das Budget in den jetzigen Stand hinaufstreben, und ich möchte meinerseits nicht in Aussicht stellen, daß in den nächsten Budgetperioden sehr erhebliche Erhöhungen bezüglich dieser verschiedenen Ausgabenposten, auch der Beiträge für Gemeinden, werden erfolgen können, wenn auch selbstverständlich die Regierung geneigt ist, im einzelnen Fall über den oder jenen Posten mit sich reden zu lassen.

Wenn der Herr Abgeordnete Zehnter sich den Scherz geleistet hat, zu sagen: Der Block werde die Reichsfinanzreform „ja leicht erledigen“, so möchte ich demgegenüber die Frage stellen: Ja, was ist denn bis jetzt bezüglich der Reichsfinanzreform erledigt worden (Heiterkeit und Zustimmungsrufe) zu der Zeit, wo das Zentrum eine ausschlaggebende Stellung im Reichstag gehabt hat? (Heiterkeit; lebhafteste Zustimmung auf der Linken. Widerspruch beim Zentrum. Abg. Dr. Zehnter: Es ist ja eine gemacht worden!) Es ist eine gemacht worden (Sehr richtig), allein sie hat nicht gereicht. (Erneuter lebhafter Widerspruch beim Zentrum — Glocke des Präsidenten.)

Präsident Fehrenbach: Ich möchte bitten, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen!

Staatsminister Dr. Frhr. von Dusch (fortfahrend): Ich will damit nicht — wie das aus den lebhaften Zumenen von dieser Seite (zum Zentrum gewendet) entnommen werden könnte — etwa schwere Vorwürfe nach dieser Seite des Hauses, bzw. gegen das Zentrum wegen seiner Stellung im Reichstag, erheben. Ich wollte nur eines hervorheben: Es ist außerordentlich leicht, den andern zu sagen: Ihr werdet eine Finanzreform sehr leicht machen! — aber eine solche Finanzreform wirklich zu machen, das ist sehr schwer! Und daß das sehr schwer ist, erfährt jetzt auch die Großh. Regierung an sich, wo es sich darum handelt, zu den neuen Reichsfinanzprojekten Stellung zu nehmen. Die Hauptschwierigkeit dieser Aufgabe zeigt sich ja darin, daß die verschiedenen Parteien im prinzipiellen Gegensatz über die Frage der direkten und indirekten Steuern und ebenso über andere Fragen sind; und da ist es — ganz abgesehen von der politischen Stellung, die meines Erachtens auf diesem Gebiete keinen so großen Raum einnimmt — ganz außerordentlich schwierig, eine größere Zahl von Parteien, von Parteihängern auf eine bestimmte Politik zu konzentrieren und eine derartige bestimmte Politik auch wirklich durchzuführen.

Der Herr Abg. Zehnter hat, wie auch der Herr Abg. Dr. Wilkens, über die Fleischsteuer einige, meines Erachtens ganz zutreffende Bemerkungen gemacht. Auch die Regierung war ja erstaunt darüber, welche Wendung diese Sache genommen hat, nachdem sie geglaubt hatte, ihrerseits eine populäre — und nicht nur populäre, sondern auch eine innerlich begründete — Stellung in der Sache einzunehmen. Allein darüber mich weiter zu verbreiten ist nicht meines Amtes, sondern auch diese, speziell dem Finanzgebiet angehörige Frage, wird der Herr Finanzminister behandeln.

Er wird auch darüber sprechen, ob und inwieweit wir Anteil an der preussischen Klassenlotterie nehmen sollten. Ich möchte meinerseits nur bemerken: Diese Frage von rein moralischem Standpunkt

aus zu betrachten, halte auch ich für etwas bedenklich; mindestens möchte ich nicht behaupten, daß die Moral überhaupt verbiete, sich an derartigen Lotterien zu beteiligen, denn es wäre ein sehr schwerer Vorwurf gegen die Mehrzahl der andern deutschen Bundesstaaten, wenn man von ihnen sagen wollte: Das seien unmoralische Regierungen, weil sie überhaupt eine derartige Lotterie zulassen. Aber die Frage ist nicht akut; wir werden ja gewiß im Laufe der Debatte auch dieses oder jenes noch bezüglich der Klassenlotterie zu hören bekommen.

Auf die Frage der Administrativkredite will ich mich nicht näher einlassen, ebenso nicht auf diejenige der Nachtragskredite. Ich kann da nur bemerken, daß auch ich der Ueberzeugung bin, daß die neuerdings eingetretene Behandlung des Eisenbahnbudgets wesentlich zu einer Klärung der Sachlage, und wesentlich auch dazu führen werde, daß künftighin nicht in so hohem Maße Nachtragskredite werden in Anspruch genommen werden müssen, daß auch bezüglich der Administrativkredite eine engere Schranke eingehalten werden kann.

Ich habe damit im wesentlichen die Fragen erledigt, die ich meinerseits auf dem Gebiete der Finanzpolitik habe erörtern müssen, und möchte mich nunmehr den allgemein politischen Erörterungen des Herrn Abg. Zehnter zuwenden. Ich will vorher noch Eines kurz erwähnen:

Es ist das die Frage, ob und inwieweit eine weitere Aufbesserung der Geistlichen erfolgen solle, mit anderen Worten, ob und inwieweit ein weiterer Ausbau des sogenannten Pfarrdotationsgesetzes möglich sein wird. Diese Frage war für die Regierung eine außerordentlich schwierige. Ich will heute in die Materie, die allein eine größere Rede erfordern würde, nicht näher eingehen. Ich darf nur auf einen Gedanken hinweisen, der sich wie ein roter Faden durch die durch Jahrzehnte reichende gesetzgeberische Arbeit auf diesem Gebiete hindurchzieht, nämlich auf den Gedanken, daß die Pfarrdotationen (um das so kurz zu nennen, die Herren verstehen ja, was ich meine) dann aufhören sollen, wenn einmal die allgemeine Kirchensteuer ausgebaut sei (Sehr richtig! Links). Ich darf insbesondere darauf hinweisen, daß bei der letzten Erneuerung des Pfarrdotationsgesetzes, die ja zu großen Schwierigkeiten geführt hat, dieser Gesichtspunkt von den verschiedenen Seiten angeregt worden ist und daß das eigentlich auch der Standpunkt war, auf dem, im wesentlichen, damals die Regierung stand. Wir sind bei unseren Erwägungen dazu gekommen, daß es eine Unbilligkeit gegen die Kirche wäre, und daß es sich auch nicht mit dem Standpunkte vertragen hätte, den die Regierung jederzeit gegenüber einer Förderung der hohen Ziele und Zwecke der Kirchen eingenommen hat, gerade jetzt in einer so schwierigen Uebergangszeit — jetzt, wo erst das Vermögenssteuergesetz sich einleben muß, wo noch gar nicht genau abzusehen ist, was die Kirchen aus dieser neuen Steuer erzielen werden, wo man vielleicht dazu kommen müssen, im Kirchensteuergesetz den Satz zu erhöhen — das Gesetz mit dem 31. Dezember 1909 ablaufen zu lassen. Wir haben die Absicht, und die Vorarbeiten für dieses Gesetz sind im Gange, dem Hohen Hause die Verlängerung des Gesetzes, aber des Gesetzes, wie es ist, auf eine Reihe von Jahren vorzuschlagen. Der Herr Abg. Zehnter hat ein Wort geäußert, man sollte die „Disparitäten“ beseitigen, die in diesem Gesetz liegen. Demgegenüber möchte ich darauf hinweisen: Diese Disparitäten haben fast das Gesetz das letzte Mal ganz zu Fall gebracht; es war nahe daran, daß über diesem Kampf darum, in welcher Weise die

beiden großen Kirchen behandelt werden sollen, das ganze Gesetz gescheitert wäre. Ich möchte also glauben, daß man vermeiden sollte, diesen Kampf zu erneuern und daß es das Zweckmäßigste sein wird, worauf sich, wie ich hoffe, eine große Majorität des Hauses zusammenfinden wird, das Gesetz vorläufig zu verlängern.

Ich darf auf die eine Tatsache hinweisen, daß die allgemeine Kirchensteuer, die ja in der katholischen Kirche erst im Jahre 1900 eingeführt worden ist — vorher mußte die Kirche sich ohne diese Steuer behelfen —, gleich im ersten Jahre rund 444 000 Mark ertragen hat. Der Ertrag dieser Steuer ist im Jahre 1907 auf rund 563 000 Mark gestiegen; es findet eine jährliche Steigerung um durchschnittlich 20 000 Mark statt. Und ich möchte fast glauben, daß es auch der katholischen Kirche möglich sein dürfte, aus diesen allgemeinen Steuermitteln doch auch zur Besserung der Gehalte der katholischen Geistlichen beizutragen (Zustimmung), wie ja auch, wie den Herren bekannt ist, die evangelische Kirche durch ein kirchliches Gesetz vom 17. Dezember 1904, also vor über 3 Jahren, die Pfarrgehälter, die früher von 1800 auf 4200 M. in 30 Jahren stiegen, auf 2000 bis 4600 M. erhöht hat, wobei der Höchstbetrag nach 26 Jahren erreicht wird. Die Regierung steht auf diesem Gebiete durchaus auf dem Standpunkt, daß die Interessen der Kirche gefördert werden sollen, aber eben doch nur gefördert werden können unter Berücksichtigung der gesamten Finanzlage. Die Anträge, die an uns gelangt sind, würden, wenn auch die Wünsche des andern Kirchenteils in gleicher Weise berücksichtigt würden, wenn also auf beiden Seiten um etwa eine Viertelmillion in die Höhe gegangen würde, unsere Staatskasse um eine halbe Million weiter belasten. Das würde wohl unter Umständen sogar den Zweck, den die Regierung mit der Vorlage verfolgt, vollständig vereiteln, das würde die Vorlage überhaupt gefährden.

Der Herr Abg. Zehnter hatte dann, nachdem er in einer außerordentlich ruhigen und sachlichen Weise die Finanzfragen erledigt hatte, in einer etwas weniger sachlichen und freundlichen Weise sich der allgemeinen Politik zugewendet.

Ich kann mich nur dem anschließen, was der Herr Abg. Dr. Zehnter über den Herrn Finanzminister Dr. Becker gesagt hat, und ich kann namens meines Kollegen Honsell danken für die freundliche Begrüßung, die dieser Minister gefunden hat. Ich kann mich beidem nur vollständig anschließen.

Daß ich mich in gleicher Weise dem anschließen könne, was über den Herrn Minister Dr. Schenkel gesagt worden ist, das wird wohl der Herr Abg. Zehnter selbst nicht erwarten. Ich muß offen sagen: Ich bin erstaunt, und zwar erstaunt im Hinblick auf die mir sonst bekannte persönliche Art des Herrn Abg. Zehnter, daß dieser, ganz abgesehen von den politischen Gegensätzen, die ja zweifellos in scharfer Weise bestanden haben, zwar einzelne gute Eigenschaften des abgegangenen Ministers erwähnt hat, das Können, das Wissen, die Arbeitskraft, die Arbeitslust, aber nicht etwa in dem Sinne, daß er ein freundliches Wort für die großen Leistungen dieses Ministers gehabt hätte (Sehr richtig! bei den Liberalen), sondern lediglich in dem etwas — ich darf sagen — hämischen Sinne, daß Minister Schenkel ja diese Arbeitskraft und Arbeitslust noch recht lange hätte verwenden können. (Abg. Dr. Zehnter schüttelt den Kopf.) Ich will das nicht näher ausführen; Sie werden aber schon verstanden haben, was ich damit meine.

Sie werden selbst nicht erwarten, daß ich hier in diesem hohen Hause über die Vorgänge bei der Ver-

abschiedung des Herrn Ministers Schenkel mich näher verbreite. Es entspricht das nicht der Übung in derartigen Fällen. Der Herr Abg. Zehnter befindet sich aber im Irrtum, wenn er meint — er hat das so mehr oder weniger angedeutet —, daß der Herr Minister Schenkel gewissermaßen befeitigt worden sei. Das Abschiedsgesuch des Herrn Ministers Schenkel hat mich — ich war damals nicht hier in Karlsruhe, sondern wegen Krankheit in Urlaub — vollständig überrascht. Es ist durchaus seiner Initiative entsprungen. Ob und welche psychologischen Momente in dem Herzen des Ministers Schenkel dabei mitgespielt haben, das sind Dinge, die ich hier zu erörtern vermeiden möchte. Aber eines muß ich sagen — dazu halte ich mich verpflichtet, nachdem auch nicht ein freundliches Wort für diesen Mann gefunden worden ist —, wie sehr auch die Regierung und die früheren Kollegen des Ministers Schenkel diesem Manne für seine geradezu hervorragenden und ausgezeichneten Verdienste um den badischen Staat dankbar sind. Ich glaube immerhin, es hätte bei allem politischen Gegensatz die Färbung der Ausführungen des Abg. Zehnter in dieser Richtung eine etwas andere sein dürfen.

Nicht ganz so scharf, aber immerhin auch wenig freundlich war die Begrüßung des neuen Ministers des Innern. Auch hier werden Sie wohl nicht erwarten, daß ich auf den einen Vorgang, der eine sehr scharfe Erörterung seitens des Herrn Abg. Dr. Zehnter gefunden hat, näher eingehe, nämlich den Vorgang bei der Präsidentschaftswahl. Wenn das nicht mehr möglich sein sollte, das einmal ein Minister eine vertrauliche Besprechung mit dem oder jenem Parteiführer hat, wenn das dann in der Öffentlichkeit kommt in einer Weise, die garnicht kontrollierbar ist, so möchte ich mich dagegen verwahren. (Zustimmung bei den Liberalen.) Ich mache aber gar kein Hehl daraus — das ist nichts, was für das Zentrum in irgend welcher Weise kränkend sein soll, das ist die offene Darstellung eines politischen Standpunktes —, daß die Regierung, wie sie jetzt zusammengesetzt ist und wie sie zusammengesetzt war, ihrer ganzen Tendenz nach auf rechtsliberalem Standpunkt stehend, immer wünschen mußte, daß die mittleren Elemente zusammenkommen, daß, um das bekannte Wort zu gebrauchen, ein „Kartell“ nach altem Sinne zustande komme. Das ist etwas, was der Regierung gewiß nicht verargt werden kann. Ob das erwähnte Vorgehen in dem vorliegenden Falle zweckmäßig war, ob ein Erfolg zu hoffen war, darauf will ich mich garnicht einlassen. Ich glaube, daß ein Erfolg in dieser Richtung überhaupt garnicht erwartet war in dem Sinne, daß infolge des Gesprächs eines Ministers mit einem Parteiführer nunmehr die Konservativen, deren Entschliebung man damals noch nicht kannte, einfach, wie der Herr Abg. Zehnter gesagt hat, umschwenken und eine andere Wahl vornehmen würden. Auch da geht der Herr Abg. Zehnter, dessen Temperament ich im übrigen bis jetzt anders eingeschätzt habe, doch eigentlich etwas weit, wenn er aus dieser Tatsache allein dem neuen Minister gewissermaßen — es fällt mir kein anderer Ausdruck ein — gleich einen Strich drehen will. Man sollte unter ernsthaften Politikern erst einmal die Handlungen und Taten eines Ministers abwarten und dann darüber urteilen! Es gibt noch andere und wirkliche politische Handlungen, als beläufige Gespräche über derartige Angelegenheiten. Die Regierung kann sich ja in Zukunft überhaupt von derartigen Dingen fernhalten. (Lebhafte Beifall im Zentrum. Unruhe.) Aber jedenfalls, ich wiederhole es, liegt kein Grund vor, hier aus der Sache eine so große Angelegenheit zu machen, sich von Anfang an mit einer solchen Schärfe gegen diesen neuen Minister zu wenden. Uebri-

gens hat der Herr Abg. Zehnter, wie ich meinen Notizen entnehmen, in dankenswerter Weise gesagt, er wolle sein Urteil nicht ausschließlich von diesem Vorgang bestimmen lassen. So darf ich wohl auch die Hoffnung schöpfen, daß das Urteil im weiteren Verlauf der Tätigkeit des Ministers ein etwas milderer, besseres sein wird, als das, mit dem heute die Debatte gegen ihn eröffnet worden ist.

Ich möchte fast auch glauben, daß die Beziehungen der Regierung und speziell meiner Person zu dieser Partei des Hauses (zum Zentrum gewendet) sich nicht so gestalten werden, wie das nach der Rede des Herrn Abg. Zehnter erwartet werden könnte. Ich muß sagen: Ich bin (obgleich ich erwartete, daß das oder jenes Bedenken vorgetragen werde) in der Tat erstaunt über die Art, wie der Herr Abg. Zehnter speziell gegen mich vorgegangen ist. Ich würde vollständig begreifen, daß Angriffe wegen einzelner Dinge erfolgen, wenn es wirklich sogenannte Nova wären, von denen der Herr Abg. Zehnter gesprochen hat. Es sind aber keine Nova, sondern es ist höchstens ein Novum, und zwar der Wahlerlaß, auf den ich noch zu sprechen kommen werde. Das andere sind Dinge, die wir im letzten Landtag in mehr als erschöpfender Weise behandelt haben. Ich kann mich nur darüber erstaunen, daß mir der Vorwurf gemacht wird, ich hätte meinerseits im letzten Landtag mehrfach eine scharfe Sprache gegen das Zentrum geführt. Es liegt nicht in meiner Art, eine scharfe und unfreundliche Sprache zu führen; und wenn ich im einzelnen Falle energisch erwidert habe, so darf ich darauf hinweisen, daß ich in diesen Fällen immer in der Abwehr gewesen bin. Der Herr Abg. Zehnter meint offenbar vor allem die erste Rede, die ich vor zwei Jahren zum Budget gehalten habe und die veranlaßt war durch sehr heftige Angriffe gegen Herrn Minister Schenkel. Wenn aber jetzt wieder zurückgeworfen wird auf die „Inquisition“ gegen die katholischen Geistlichen, auf die Maßregeln, die ich als Justizminister verhoffen habe, ja, das heißt doch wirklich alles, was wir im letzten Landtag erörtert haben, von neuem aufzuführen. Ich habe diese Maßregeln damals vertreten und ich bin, wenn die Herren es wünschen, bereit, wieder auf alle Einzelheiten einzugehen. Nicht ich, als Vertreter der Regierung, war derjenige, der etwa eine Aktion gegen die Geistlichen eingeleitet hat, sondern die Geistlichen waren es, die ihrerseits eine Aktion gegen die Regierung eingeleitet haben. (Zustimmung bei den Liberalen. Widerspruch rechts.) Wenn die Herren sich einen Augenblick gebulden, will ich gleich sagen, was ich meine, ich meine den „Waldmichel“ (Heiterkeit im Zentrum). Da ist doch nichts Lächerliches! (Abg. Dieterle: Was haben denn wir Geistliche mit dem „Waldmichel“ zu tun?) Ich habe bisher gemeint, ein Geistlicher sei der Verfasser des „Waldmichel“ und die ganze Partei hätte ihn dann offiziell verbreitet. Ich möchte das ominöse Wort nicht wieder nennen. Wenn aber befruchtet wird, daß die Geistlichen den Anlaß zum härteren Vorgehen der Regierung gegeben haben, so darf ich an das bekannte Prehrundschreiben erinnern, das zurückliegt bis in die Zeit der Diensttätigkeit des Herrn Staatsminister v. Brauer. Damit komme ich auf den Punkt, den ich früher auch schon urgiert habe: Was damals geschehen ist, ist geschehen unter Mitwirkung und vollständigen Zustimmung des Herrn von Brauer. Lassen Sie also doch den immer erneuten Versuch, mich in Gegensatz zu diesem von mir hochgeschätzten und in vollständiger Übereinstimmung mit mir befindlichen Manne zu bringen! Nehmen Sie die Tatsachen, wie sie sind. Ich glaube

doch eine gewisse Glaubwürdigkeit für mich in Anspruch nehmen zu können. Nicht die Regierung war es, die damals aggressiv war. Die Regierung war defensiv, die Regierung hat, wie ich früher mehrfach hervorgehoben habe, den wiederholten Versuch gemacht, die Kurie zu einem Einschreiten gegen die nach ihrer Ansicht übertriebene Agitation der Geistlichen zu veranlassen. Die Regierung ist erst als das ohne Erfolg war, und, ich wiederhole das Wort, das ich im letzten Landtage schon gebraucht habe, sehr ungerne dazu übergegangen, die Maßregeln strafgerichtlicher Verfolgung zu ergreifen. Ich bin das Gegenteil eines Kulturkämpfers und denke nicht daran, zur katholischen Geistlichkeit mich unfreundlich zu stellen. Aber ein Minister, der unter Umständen, wie sie damals lagen, es unterlassen würde, das zu tun, was ich als Justiz- und Kultusminister getan habe, würde sich nicht neben und über den Parteien gehalten, sondern unter eine Partei gestellt haben. Ich hoffe, es wird sich an meiner Stelle nie ein Mann finden, der, bei aller Mäßigung der Gesinnung, es unterlassen würde, wenn es notwendig ist, von dem Mittel Gebrauch zu machen, die ihm das Gesetz an die Hand gibt (Sehr gut! bei den Liberalen).

Nun kommt wieder die „Großblockpolitik“, deren „Vaterschaft“ mir zugeschrieben wurde. Ja, neulich habe ich sogar gelesen, ich hätte die Großblockpolitik befohlen. (Heiterkeit.) Früher war ich nur der Vater des Großblocks, jetzt habe ich ihn sogar befohlen! Das sind doch Dinge, die Niemand glauben kann, der mich kennt. Und was wird mir denn zum Vorwurf gemacht? Wenn ich mir das als Jurist konstruieren wollte, so ist es folgendes: Ich soll nicht verhindert haben, daß ein anderer, nämlich der Herr Minister Schenkel, nicht verhindert hat, daß gewisse Dinge geschehen sind! (Heiterkeit.) Also eine höchst komplizierte Unterlassung, die überhaupt einem Minister zum Vorwurf nur dann gemacht werden könnte, wenn, wie jeder Jurist weiß, gesagt werden könnte: Der Minister war verpflichtet, hindernd einzugreifen und konnte es. Nun sagen Sie mir, wie die Regierung den Großblock hätte verhindern können? (Sehr richtig! bei den Liberalen und Sozialdemokraten.) Wenn Sie nähere Auskunft wollen, so fragen Sie die Herren, die ja alle im Saale sind; auch die Herren Sozialdemokraten werden gewiß in dieser Richtung, wenn Sie auch keine Freunde der Regierung sind (Abg. Kolb: Gewiß nicht!), zweifellos der Wahrheit die Ehre geben. Was soll ich nun namentlich nicht verhindert haben? Ich habe den Herrn Minister Schenkel nicht verhindert, daß er nicht verhindert hat, daß Amtsvorstände in Wahlversammlungen mit Sozialdemokraten zusammengetroffen sind. Mit solchen Argumenten einen ernsten Politiker anzugreifen sollte man doch wohl besser unterlassen! (Abg. Frilhaus: Der Zweck heiligt das Mittel!) Ich gehe aber weiter (da muß ich freilich wieder die Artikel der „Karlsruher Zeitung“ berühren, die eine förmliche Erregung herbeigeführt haben; ganze Bände sind über die Artikel geschrieben worden) und bestreite, daß Herr Minister Schenkel, wie heute wiederholt ihm vorgeworfen worden ist, den Großblock gefördert hat. Es ist das nicht richtig. Ich stehe zur Verfügung, wenn die Herren hierüber, wie im letzten Landtag, eine Debatte von 10, 12 oder 20 Tagen eröffnen wollen. Wenn auch, wie das naturgemäß ist, einzelne kleine Nuancierungen in der Art der politischen Gesinnung auch in einem Ministerium vorkommen, so muß ich doch mit aller Bestimmtheit wiederholen: Es sind ungeredfertigte Vorwürfe, die Herrn Schenkel gemacht worden sind. Es sind aber auch ungeredfertigte Vorwürfe, die mir gegenüber gemacht worden sind, wenn

Dinge wieder hereingezogen werden, die vor zwei Jahren in einer so deutlichen Weise widerlegt worden sind. Der Herr Abg. Binz wird sich vielleicht erinnern, wie ich ihm vor zwei Jahren in der Debatte entgegengetreten bin eben wegen des Großblocks, wie ich auf die Gefahren hingewiesen habe, die auch jetzt noch nach Anschauung der Großk. Regierung bestehen, auf die Gefahren, daß naturgemäß durch das Gewicht der Tatsachen eine immer weitere Verschiebung der nationalliberalen Partei nach links herbeigeführt werde. Das war die Auffassung der Regierung und ist auch jetzt noch. Es ist unbillig, wenn aus einzelnen Maßregeln, zu denen die Regierung genötigt war, jetzt der Schluß gezogen werden will, als ob der Minister überhaupt ein Bekämpfer der ganzen katholischen Geistlichkeit sei.

Nun ist freilich noch weiter — und das ist das einzige Novum — ins Feld geführt worden der sogenannte Wahlerlaß, den ich als Staatsminister am 4. Januar v. J. erlassen habe. Wahlerlässe werden ja vielfach sonst von anderer Seite erlassen, über die ich mich nicht näher aussprechen will (Geiterkeit), aber wenn die Regierung einmal ihrerseits sich erlaubt, einen derartigen Erlaß in die Welt hinauszugeben, dann führt das zu den heftigsten Anfeindungen. Was enthält nun jener Erlaß? Er enthält die Aufforderung, daß die Behörden ihre Beamten dazu anhalten sollten, an der Wahl teilzunehmen. Obgleich nun ja manche Parteien geneigt sind, den Intellekt der Regierung übermäßig gering einzuschätzen, das wird doch Niemand so auslegen wollen, als ob die Regierung auf die Gesinnung der Beamten habe einwirken wollen! Das ist einfach undenkbar. Die Wahl ist ja geheim, wie sollen wir sie kontrollieren? Es lag so, daß damals, wo es sich in der Tat um eine nationale Frage gehandelt hat . . . (Unruhe im Zentrum). Wenn die Herren auch mit dem Kopf schütteln, es ist so; wenn die Wahl auch dem Zentrum nicht geschadet hat, nach anderer Seite hin hat die Wahl doch zu dem Erfolg geführt und gezeigt, daß das deutsche Volk nicht geneigt ist, wenn es sich einmal wirklich um die nationale Ehre handelt, dann diese Ehre einer parlamentarischen Machtprobe anheimzugeben, einer Belastungsprobe, die damals mit einer vielleicht etwas unvorsichtigen und der sonstigen Voraussicht des Zentrums nicht entsprechenden Weise eingeleitet worden ist (Abg. Dietele: Das Zentrum ist doch national!). Ich möchte meinerseits bestimmt erklären, daß von mir noch nie das Zentrum als eine antinationale Partei bezeichnet worden ist. Das habe ich nicht getan, und ich werde es nicht tun, weil ich weiß, daß sich in diesen Reihen des Zentrums nationale Leute finden ebenso wie in den anderen Parteien. Ich habe nicht gesagt, Sie seien antinational, aber das Zentrum hat in einer nationalen Frage versagt, und zwar aus parlamentarischen Machtgelüsten (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen). Die Regierung sollte gezwungen werden, nachzugeben. Nun können wir ja unmöglich die Angriffe im einzelnen ausführen von Noeren-Eraberger gegen den Staatssekretär Dernburg und gegen den Reichskanzler, aber ich bin genötigt worden, auf diese Dinge einzugehen, weil ich so scharf wegen dieses Erlasses angegriffen worden bin. Der Erlaß ist ergangen in dem Sinne, um den Elementen, die, wie Sie wissen, sich in allen Parteien finden, die bei jeder Wahl fehlen, die zu Hause bleiben, nicht den Mut haben oder zu faul sind, zur Wahlurne zu gehen, die nicht die Energie haben, sich am politischen Leben zu beteiligen, zu sagen: Es ist die Pflicht eines Mannes, in solchen Fällen seine Gesinnung zu bekunden.

Ich bin auch verantwortlich gemacht worden dafür, an welche Behörden dieser Wahlerlaß ergangen ist. Ich muß,

so ungern ich auf meine allerdings durch den Dienst erheblich angegriffene Gesundheit zu sprechen komme, allerdings erklären, daß ich damals überhaupt nicht hier war. Die weitere Ausführung des Erlasses ist nicht von mir ausgegangen, und ich bekenne offen, daß man darüber streiten kann, ob es nicht zweckmäßiger gewesen wäre, die Gerichte bei diesem Wahlerlaß außer Acht zu lassen. Das ist aber eine Frage, die ich nicht „aus dem Handgelenk“ entscheiden möchte. Jedenfalls trifft mich die Verantwortung dafür nicht, und der betreffende Beamte, der diesen Erlaß herausgegeben hat, wird die Verantwortung zu tragen wissen.

Eines will ich noch hinzufügen. Es spricht sich meines Erachtens in diesen Angriffen des Herrn Behnter gegen meine Person (die ich, wie gesagt, erwartet habe, die ich aber nicht in dieser Schärfe erwarten konnte) eine Gesinnung aus, die eigentlich fast an die Grenze dessen geht, was ich ja so oft in der Presse dieser Seite des Hohen Hauses (zum Zentrum) habe lesen müssen, was ja so oft und so bestimmt von einem der ersten oder vielmehr dem ersten Führer Ihrer Partei öffentlich ausgesprochen worden ist, nämlich die direkte Aufforderung, meinen Posten zu verlassen. Wenn auch der Herr Abg. Behnter den wörtlichen Ausdruck vermeiden hat, ich möchte meiner Wege gehen, der Sinn der Ausführungen war jedenfalls der, daß er Vertrauen zu diesem Minister nicht mehr besitze. Es liegt mir fern, an Ihr Vertrauen in bezug auf meine Ministerfähigkeit zu appellieren, aber eins will ich denn doch sagen: Ich habe ein gutes Gewissen, daß ich für meine Person den berechtigten Wünschen der katholischen Kirche in jeder Richtung entgegenzukommen bereit gewesen bin und auch noch bereit bin. Wenn eine bestimmte große Frage nicht hat gelöst werden können, so können wir heute die Gründe dafür nicht erörtern. Ich empfinde dieses Vorbringen als unbilliges, es berührt mich aber nicht weiter. Denn das wird mir wohl Niemand etwa unterschieben, daß ich ein sogenannter Kleber bin, daß ich etwa an meinem Ministerposten hänge und daß ich deshalb, wie man nach den Ausführungen des Herrn Abg. Behnter entnehmen könnte, ab und zu wechsle. Das wird zu wechsele. Was mich im Dienst hält, ist das Pflichtgefühl, mein Amt, so lange mir in demselben das Vertrauen des Landesherrn bleibt, nach besten Kräften auszufüllen (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen). An dieser Pflicht, an meiner Gesinnung, an meiner Unparteilichkeit will ich festhalten, daran werden auch die Angriffe, die der Herr Abg. Behnter an mich richten zu müssen gemeint hat, nichts ändern! (Lebhafter Beifall bei den Liberalen.)

Zu persönlichen Bemerkungen erhalten das Wort

Abg. Dr. Wilkens (nail.): Der Herr Staatsminister hat die Sache vorhin so dargestellt, als ob ich mich bei Besprechung der Gehaltstarißvorlage in Details eingelassen hätte, die man heute noch nicht hätte erörtern sollen. Ich konstatiere demgegenüber, daß meine Ausführungen sich durchaus in dem Rahmen bewegt haben, den wir vor etwa 8 Tagen im Seniorenkonvent festgestellt hatten, daß nämlich bei der allgemeinen Finanzdebatte die finanziellen Wirkungen der Tarifrevision und die Frage der Aufbringung der erforderlichen Mittel zur Erörterung ständen. Was aber die finanziellen Wirkungen speziell für das vorliegende Budget anbelangt, so sind dieselben natürlich verschieden, je nachdem der neue Tarif am 1. Januar oder am 1. Juli in Kraft tritt, und es wird deshalb kein Anstand dagegen erhoben

werden können, daß ich heute die Frage der Rückdatierung wenigstens kurz gestreift habe.

Abg. Dr. Zehner (Zentr.): Der Herr Staatsminister hat gemeint, ich hätte dem ausgeschiedenen Herrn Minister Dr. Schenkel nicht die genügende Anerkennung gezollt, ich hätte nur so in einzelnen Beziehungen nebenbei ihm einige lobende Worte nachgesagt, ich hätte ihn aber im übrigen hämisch behandelt. Ich muß dieser Auffassung meiner Rede durchaus widersprechen. Es ist weder in meinen Worten irgend etwas derartiges gelegen gewesen, am allerwenigsten aber war es in meiner Absicht gelegen. Ich glaube, ich habe nicht bloß so nebenbei die Verdienste und die Vorzüge des früheren Herrn Ministers Schenkel anerkannt, sondern nach meiner Empfindung habe ich sie sogar sehr ausführlich und urgiert vorgetragen. Ich habe gesagt, er wäre nach seiner Befähigung und seinem Können, nach seinem ausgiebigem Wissen und seiner langjährigen Erfahrung, nach seiner großen Arbeitskraft und Arbeitslust sehr wohl im Stande gewesen, auch fernerhin das Ministerium des Innern zum Nutzen des Landes weiter zu führen, wenn er sich nicht hätte bestimmen lassen, eine so scharf prononzierte politische Haltung seinem Ministerium zu geben. Ich war der Meinung, daß ich damit auch die Leistungen des früheren Herrn Ministers des Innern in der Zeit seiner Amtsführung anerkannt hätte. Wenn aber die Auffassung des Herrn Staatsministers, daß nach meinen Worten das nicht der Fall gewesen sei, auch sonst im Hause Verbreitung gefunden haben sollte, so will ich nicht verfehlen, ausdrücklich beizufügen, daß auch ich die Leistungen des Herrn Dr. Schenkel während seiner Amtsführung durchaus anerkenne, und wenn Herr Dr. Schenkel ebenso wie der frühere Finanzminister Dr. Becker in den Ruhestand gegangen wäre, so hätte ich auch für ihn den Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß er sich seines Ruhestandes noch lange in guter Gesundheit erfreuen möge. Da er aber nicht in den Ruhestand getreten, sondern in ein anderes Amt übergegangen ist, so habe ich geglaubt, diesen Wunsch nicht beifügen zu können. Damit aber ja nichts fehlt von dem, was etwa billigerweise erwartet werden konnte, will ich auch noch ausdrücklich beifügen, daß ich auch dem Herrn Dr. Schenkel in seinem neuen Amte das volle Wohlwollen und eine recht lange Gesundheit wünsche. Das habe ich jetzt nicht etwa hämisch gesagt, wie vielleicht der Herr Staatsminister wieder meinen könnte, sondern ich sage es im vollen Ernst.

Sodann hat der Herr Staatsminister gesagt, ich hätte dem neuen Herrn Minister des Innern schon den Strick gebreht. Er hat aber selbst hinterher sich dann berichtigt und beigelegt, ich hätte allerdings gesagt, ich wolle aus dem einen Vorgang mir noch kein Urteil bilden. Dem ist wirklich so. Ich habe ausdrücklich erklärt, wir betrachteten diesen Einzelvorgang nur als einen solchen, der uns bis zu einem gewissen Grade verwirrt habe, wir wollten aber im übrigen die Amtsführung des Herrn Ministers des Innern abwarten. Ich habe also über die Amtsführung des Herrn Ministers des Innern keineswegs präjudiziert; ich habe meine Bemerkung über den Herrn Minister des Innern einleitend ja auch damit begonnen, daß ich gesagt habe, ich hätte der Prophezeiung, die seiner-

zeit in der Zeitung gestanden, daß er ein nationalliberales Parteiregiment einrichten werde, keinen Glauben geschenkt. Einfließen halte ich an diesem Glauben auch heute noch fest.

Weiter hat der Herr Staatsminister gesagt, er fasse meine Äußerungen über seine Person beinahe so auf, als ob das eine Aufforderung an ihn sei, seinen Posten zu verlassen. Das ist nicht in meiner Absicht gelegen. Ich maße mir darüber, wann der Minister gehen oder nicht gehen soll, kein Urteil an. Ich habe nur gesagt, es sei selbstverständlich, daß nach den Vorgängen vor und bei dem letzten Landtag und nach dem, was seither geschehen, wir über das Ministerium des Herrn v. Dusch ein anderes Urteil haben müßten, als wir es z. Bt. über das Ministerium des Herrn v. Brauer hatten.

Schluß der Sitzung 1 Uhr 5 Minuten.

#### Verichtigung:

In dem Bericht über die Verhandlungen der 14. Sitzung soll es heißen:

Seite 196 Spalte 1 Zeile 30 von oben: „Richterfönig-tum“ statt Richterfönig.

Auf Seite 198 Spalte 2 ist in Zeile 20 von oben hinter „doch“ einzuschließen: „seinen Wert kennt“.

\* Karlsruhe, 22. Jan. 17. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Freitag, den 24. Januar 1908, vormittags 9 Uhr:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

1. Allgemeine Diskussion über das Finanzgesetz, und damit in Verbindung
2. Begründung und Beantwortung der Interpellation der Abgg. Geck und Gen., die Kränkung verfassungsmäßiger Rechte (former Schäußle in Rintheim) betr. — Drucksache Nr. 22 — (Fortsetzung).

\* Karlsruhe, 22. Jan. Vierte öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. Tagesordnung auf Freitag den 24. Januar 1908, vormittags 10 Uhr:

1. Bekanntgabe neuer Einläufe.
2. Wahlprüfung.
3. Beratung über die geschäftliche Behandlung der einge-kommenen Gesekentwürfe: a) Aenderung des Beamten-gesetzes; b) Die Gehaltsordnung und c) Aenderung des Statgesetzes betr.
4. Beratung des Berichts der Petitionskommission, betr. die Nachweisungen über die Erlebigung der dem Großh. Staatsministerium während des Landtags 1906/08 von der Ersten Kammer überwiesenen Petitionen Drucksache Nr. 68. Berichterstatter: Freiherr von Rüt.
5. Beratung der mündlichen Berichte der Budgetkommission über die Anforderungen des Großh. Ministeriums des Innern unter a) Titel XII B § 1 (Errichtung einer Heil- und Pflegeanstalt bei Wiesloch, IV. Teilforderung); b) Titel XVII B § 17 und die gegenüberstehende Ein-nahme unter Titel VIII B § 1 D. 3. 15 (Verbesserung der Landstraße Nr. 34 zwischen Wolsach und Rippoldsau, II. Teilforderung) und c) Titel XI A § 12 und B § 8 (Errich-tung eines Landesbades in Durrheim). Berichterstatter: Bürgermeister Dr. Weis.

